

RESILIENZ DURCH
SOZIALEN ZUSAMMENHALT
DIE ROLLE VON
ORGANISATIONEN

EMPIRISCHER
ERGEBNISBERICHT

Bo Tackenberg, Tim Lukas, Stella Marceta & Frank Fiedrich
Carolin Borgmann & Dennis Dijkzeul

ResOrt 

www.projekt-resort.de

ERGEBNISBERICHT

E-Paper des BMBF-Projekts:

„Resilienz durch sozialen Zusammenhalt – Die Rolle von Organisationen“ (ResOrt)

© BMBF-Projekt „ResOrt“. Alle Rechte vorbehalten. Wuppertal 2020

Abrufmöglichkeit über die Projekt-Website:

www.projekt-resort.de

Bildnachweis: Istock.de (Titelbild); Colourbox.de (Papiertextur)

Lizenznehmer: Bergische Universität Wuppertal

Projektkoordination:

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Frank Fiedrich

Bergische Universität Wuppertal

Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit

Gaußstraße 20 (W.10.106)

42119 Wuppertal

fiedrich@uni-wuppertal.de

Ansprechpartner:

Dr. Tim Lukas

Bergische Universität Wuppertal

Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit

Gaußstraße 20 (W.10.019)

42119 Wuppertal

lukas@uni-wuppertal.de

Gefördert vom BMBF unter der Fördernummer:

Bergische Universität Wuppertal

FKZ: 01UG1724AX

Ruhr-Universität Bochum

FKZ: 01UG1724BX

Deutsches Rotes Kreuz

FKZ: 01UG1724CX

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

AUTOREN:

Carolin Borgmann, M.Sc.

Ruhr-Universität Bochum

Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV)

Massenbergstraße 9 B

44787 Bochum

Email: carolin.borgmann@rub.de

Prof. Dr. Dennis Dijkzeul

Ruhr-Universität Bochum

Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV)

Massenbergstraße 9 B

44787 Bochum

Email: dennis.dijkzeul@rub.de

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Frank Fiedrich

Bergische Universität Wuppertal

Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit

Gaußstraße 20 (W.10.106)

42119 Wuppertal

Email: fiedrich@uni-wuppertal.de

Dr. Tim Lukas

Bergische Universität Wuppertal

Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit

Gaußstraße 20 (W.10.019)

42119 Wuppertal

Email: lukas@uni-wuppertal.de

Stella Marceta

Bergische Universität Wuppertal

Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit

Gaußstraße 20

42119 Wuppertal

Email: stella.marceta-hk@uni-wuppertal.de

Bo Tackenberg, M.A.

Bergische Universität Wuppertal

Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit

Gaußstraße 20 (W.10.019)

42119 Wuppertal

LITERATURVERZEICHNIS

1. EINLEITUNG	2
2. ERHEBUNGSINSTRUMENTE	3
2.1 Bevölkerungsumfrage	3
2.2 Lost-Letter-Experiment	3
2.3 Leitfadengestützte Interviews	3
3. STICHPROBEN(ZIEHUNG)	3
3.1 Bevölkerungsumfrage	3
3.2 Lost-Letter-Experiment	5
3.3 Leitfadengestützte Interviews	6
4. ERGEBNISSE IM STÄDTEVERGLEICH	6
4.1 Bevölkerungsumfrage	6
4.2 Lost-Letter-Experiment	15
5. INHALTSANALYSE DER INTERVIEWS	16
6. KLEINRÄUMIGE BETRACHTUNG	24
7. STRUKTURGLEICHUNGSMODELL	27
8. FAZIT	29

1. Einleitung

Seit dem 01.10.2017 wird das Forschungsprojekt „**Resilienz durch sozialen Zusammenhalt – Die Rolle von Organisationen**“ (**ResOrt**)“ im Rahmen des Forschungsprogramms „Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. Hierbei handelt es sich um ein Verbundprojekt des Lehrstuhls für Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit der Bergischen Universität Wuppertal (Projektkoordination), dem Deutschen Roten Kreuz und dem Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht der Ruhr-Universität Bochum. Unterstützt wird der Verbund durch die assoziierten Partner des Global Disaster Preparedness Center der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung (GDPC), dem Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V. (VskA) und Caritas International. Das übergeordnete Ziel des Projekts ist die Ausarbeitung von praxistauglichen Handlungsempfehlungen, wie Organisationen, die zur Verringerung von Vulnerabilität beitragen, Aspekte sozialen Zusammenhalts in die Strategieentwicklung miteinbeziehen können um die Resilienz der Bevölkerung langfristig zu stärken. So zeigen internationale und nationale Studien, dass sozialer Zusammenhalt einen entscheidenden Faktor für die Erhöhung der Resilienz der Bevölkerung im Krisen und Katastrophenfall darstellt. Die Erfahrungen vergangener Krisenereignisse zeigen aber auch, dass verschiedene Organisationen des nationalen Hilfeleistungssystems diesen Faktor sehr unterschiedlich in ihre Arbeit einbinden. Das Forschungsprojekt widmet sich vor diesem Hintergrund der Frage, welche Rolle der soziale Zusammenhalt in der Arbeit von Organisationen des Zivilschutzes, der Wohlfahrt, der Nachbarschaftshilfe und von Kommunalverwaltungen bei der Bewältigung von Krisen- und Katastrophensituationen sowie sozialen Umbruchsphasen spielt.

Darüber hinaus wird untersucht welche (sozialräumlichen) Entstehungsbedingungen

die Stärkung des sozialen Zusammenhalts auf der Ebene von Stadtteilen und Nachbarschaften ermöglichen und wie der soziale Zusammenhalt durch die Zusammenarbeit von Organisationen gestärkt werden kann, um Krisen und Umbrüche zukünftig besser bewältigen zu können. Diesen Fragen wird in einem gemischt qualitativ-quantitativen Untersuchungsdesign anhand der Fallbeispiele Breckerfeld, Münster, Ostbevern und Wuppertal nachgegangen.

Der vorliegende Bericht gibt einen Überblick über die Durchführung und Auswertung einer im Projekt durchgeführten schriftlich-postalischen Bevölkerungsumfrage, eines Lost-Letter-Experiments und leitfadengestützter Bewohner*inneninterviews. Einführend werden die jeweiligen Forschungsmethoden kurz skizziert. Es folgt eine Beschreibung der Stichprobenziehung und -zusammensetzung. Daran anschließend werden die zentralen Ergebnisse aus der Bevölkerungsumfrage, dem Lost-Letter-Experiment und den leitfadengestützten Interviews deskriptiv vorgestellt. Nach einer kleinräumigen Analyse der Entstehungsbedingungen sozialen Zusammenhalts folgt ein Strukturgleichungsmodell zum Zusammenhang von sozialer Unterstützungsbereitschaft und der Wahrnehmung sozialen Zusammenhalts. Der Bericht schließt mit einem kurzen Fazit zu den zentralen Erkenntnissen aus beiden Erhebungen.

DANKSAGUNG

- ∴ Wir möchten uns im Namen aller Projektbeteiligten bei allen bedanken, die an unserer Umfrage teilgenommen und auf diese Weise zum Gelingen unserer Studie beigetragen haben.
- ∴ Darüber hinaus gilt unser Dank den beteiligten Kommunen für ihre Unterstützung bei der Durchführung der Bevölkerungsumfrage.

2. Erhebungsinstrumente

2.1 Bevölkerungsumfrage

Im Frühjahr 2019 wurde im Rahmen des Forschungsprojekts ResOrt eine schriftlich-postalische Bevölkerungsumfrage in den Untersuchungsgebieten Münster, Ostbevern und Wuppertal durchgeführt. Insgesamt rund 26.000 (zufällig) ausgewählte Bewohner*innen erhielten einen Fragebogen zum Thema „Sozialer Zusammenhalt im Wohngebiet“. In einem achtseitigen Fragebogen mit insgesamt 25 Fragebatterien wurden die Bewohner*innen zu ihrer Wohnsituation, der Wahrnehmung ihres Wohngebiets und ihrem sozio-ökonomischen Hintergrund befragt. Dabei wurden verschiedene Aspekte sozialen Zusammenhalts operationalisiert. So fanden sich im Erhebungsinstrument Fragebatterien zum sozialen Vertrauen, zu reziproken Einstellungsmustern, zu Nachbarschaftsbeziehungen, zum Werte- und Normenkanon und zur Partizipation. Ferner wurde die Unterstützungsbereitschaft der Befragten und ihre Unterstützungserwartungen an Mitmenschen abgefragt.

Jeder Fragebogen war mit einer Kennung versehen, die eine Zuordnung auf Quartiers- bzw. Stadtteilebene ermöglicht. Auf diese Weise lassen sich die erhobenen Daten auf kleinräumiger Ebene auswerten. Die Erkenntnisse der Umfrage fließen in die Ausarbeitung der Handlungsempfehlungen mit ein.

2.2 Lost-Letter-Experiment

Neben der schriftlich-postalischen Bevölkerungsumfrage wurde ein sog. Lost-Letter-Experiment in den Untersuchungsgebieten Breckerfeld, Münster, Ostbevern und Wuppertal durchgeführt. Die Technik der „verlorenen Briefe“ ist seit langem im Bereich der empirischen Sozialforschung etabliert. Ursprünglich wurden Lost-Letter Experimente im Kontext der Messung sozialer Einstellungen entwickelt (Milgram et al. 1965). Es handelt sich um ein nicht-reaktives Verfahren der Datenerhebung, bei dem For-

scher einen präparierten Brief im Feld vermeintlich verlieren und sich anschließend für das Verhalten der Finder dieses Briefes interessieren. Im Rahmen des ResOrt-Projekts wurden insgesamt 1.272 Briefe in den vier Untersuchungsgebieten ausgelegt. Dabei wurde die Rückgaberate der Briefe als Indikator für die lokale Unterstützungsbereitschaft der Bewohner*innen gewertet. Die ausgelegten Briefe wurden im Vorfeld frankiert und mit real existierenden Empfänger- und Absenderadressen versehen. Mittels einer Codierung ließen sich im Nachhinein die jeweiligen Ablageorte der zurückkehrenden Briefe nachvollziehen und somit Rückschlüsse auf kleinräumiger Ebene (Quartier- bzw. Stadtteilebene) ziehen.

2.3 Leitfadengestützte Interviews

Ergänzend zu der schriftlich-postalischen Bevölkerungsumfrage und dem Lost-Letter-Experiment wurden in den drei Untersuchungsgebieten Münster, Ostbevern und Wuppertal 16 qualitative leitfadengestützte Bewohner*inneninterviews geführt. Ziel war es mit engagierten Bewohner*innen ins Gespräch zu kommen, um mehr über ihre Beziehungsnetzwerke, die Hintergründe ihres Engagements und über ihre Hilfsbereitschaft in Krisen zu erfahren. Darüber hinaus wurden Fragen zum Wohngebiet und zur Wohnzufriedenheit, zum sozialen Zusammenhalt im Wohngebiet, zu lokalen Beziehungsnetzwerken, zum nachbarschaftlichen Engagement sowie zur allgemeinen Unterstützungsbereitschaft der Nachbarn im Alltag und in krisenhaften Situationen gestellt.

3. Stichproben(ziehung)

3.1 Bevölkerungsumfrage

Insgesamt wurden 26.111 Fragebögen in den Städten Münster, Ostbevern und Wuppertal versendet. Der Fragebogen wurde an 9.551 zufällig ausgewählte Personen in Münster, 2.998 Personen in Ostbevern und 13.562 Personen in Wuppertal verschickt. Im Un-

terschied zur Kleinstadt Ostbevern erfolgte die Stichprobenziehung in Münster und Wuppertal über ein zweistufiges Verfahren. So wurden in Wuppertal in einem ersten Schritt zunächst 53 von 69 Quartieren ausgewählt. Dabei erfolgte die Ziehung nicht nach einem Zufallsprinzip, sondern entsprach der Auswahl einer Vorgängerstudie. Dieses Vorgehen hatte den Vorteil, dass die Rücklaufquoten je Quartier bekannt waren und sich die Anzahl der zu versendenden Fragebögen dementsprechend optimal an-

passen ließ. Auf diese Weise konnte gewährleistet werden, dass in jedem Quartier eine ausreichend große Menge an auswertbaren Fragebögen zurückkam. Darüber hinaus konnte hinsichtlich einzelner Fragebatterien eine Vergleichbarkeit mit der Vorgängerstudie hergestellt werden.

Die Stadt Münster ist hingegen nur in 45 Stadtteile untergliedert. Um dennoch eine annähernd vergleichbare Anzahl an kleinräumigen Untersuchungseinheiten zwischen den beiden Großstädten in die

Tabelle 1: Stichprobenverteilung im Städtevergleich

	Münster		Ostbevern		Wuppertal	
	Stadt	Stichprobe	Stadt	Stichprobe	Stadt	Stichprobe
Einwohner*innen	309.429	1.937	10.926	558	360.434	2.449
Frauenanteil	52%	59,2%	51,3%	53,6%	50,6%	57,1%
Alter Ø	42,1	50,1	41,8	53,3	43,6	55,2
Senior*innenanteil (65 Jahre und älter)	17,1%	25,4%	17,2%	26,8%	20,7%	32,5%
Ausländer*innenanteil	10,5%	3,9%¹	6,7%	2,7%	19,3%	5,7%²
Migrationshintergrund	23,2%	12,9%³	-	9,5%	37,8	14,0%⁴
SGBII-Quote	7,0%	3,4%	5,9%	2,2%	18,0%	4,3%

¹ Als Ausländer*innen definiert die Stadt Münster alle Personen, die „eine fremde Staatsbürgerschaft besitzen, staatenlos sind oder deren Staatsangehörigkeit nicht geklärt ist. Personen, die neben der deutschen noch eine ausländische Staatsangehörigkeit haben, zählen als Deutsche“ (Stadt Münster, o. D. g. S. 3).

² Zu den Ausländer*innen rechnen alle Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes sind, einschließlich der Staatenlosen und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Die Zahl der Ausländer*innen enthält grundsätzlich auch Flüchtlinge, Asylbewerber, anerkannte Asylanten und andere nichtdeutsche Personen mit besonderem Status, soweit sie in Wuppertal gemeldet sind. Einwohner*innen, die sowohl die deutsche als auch eine fremde Staatsangehörigkeit haben, gelten als deutsche Staatsangehörige (Erläuterung der Stadt Wuppertal, Raumbezogene Daten).

³ Nach Definition der Stadt Münster zählen zu der Personengruppe der Menschen mit Migrationsvorgeschichte alle Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, unabhängig vom Geburtsort. Des Weiteren werden zu diesem Personenkreis Spätaussiedler*innen und deren Nachfahren bis zur zweiten Generation gerechnet. Hierbei handelt es sich um Personen, die hauptsächlich aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion stammen und die Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG sind. Ebenfalls zum Kreis der Personen mit Migrationsvorgeschichte zählen nach der Definition der Stadt Münster eingebürgerte Ausländer*innen. Zuletzt als Personen mit Migrationsvorgeschichte sind Menschen definiert, die mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurden, von denen jedoch mindestens ein Elternteil eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, mindestens ein Elternteil Spätaussiedler*in oder Eingebürgerte*r ist oder „die die deutsche Staatsbürgerschaft durch Adop-tion durch einen deutschen Elternteil erhalten haben“ (Stadt Münster, 2019, S. 10 f).

⁴ Zum Kreis der Personen mit Migrationshintergrund werden die Einwohner gezählt, die:

1) eine nicht deutsche 1. Staatsangehörigkeit besitzen oder 2) neben der deutschen noch eine 2. Staatsangehörigkeit besitzen oder 3) die deutsche Staatsangehörigkeit nachträglich erworben haben (Aussiedler, Eingebürgerte) oder 4) im Ausland geboren sind oder 5) unter 18 Jahre alt sind und im Haushalt mit mindestens einem Elternteil mit Migrationshintergrund wohnen (Erläuterung der Stadt Wuppertal, Raumbezogene Daten).

Stichprobe aufnehmen zu können, wurden in Münster sechs Stadtteile in zwei bis drei Untersuchungsgebiete aufgesplittet und fünf Stadtteile zu zwei Einheiten zusammengelegt,¹ so dass schließlich 51 kleinräumige Analyse-einheiten Eingang in die Untersuchung fanden. In die Stichprobe konnten alle volljährigen Personen mit Erstwohnsitz in Münster, Ostbevern und Wuppertal gelangen. Menschen ohne festen Wohnsitz wurden von der Ziehung ausgeschlossen. Ausgefüllt zurückgesendet wurden 20,3 Prozent der Fragebögen aus Münster, 18,6 Prozent aus Ostbevern und 18,1 Prozent aus Wuppertal, was insgesamt einer Rücklaufquote von 18,9 Prozent entspricht.

Tabelle 1 ist die nach Untersuchungsgebiet unterteilte Zusammensetzung der Befragungsstichprobe zu entnehmen. Der Anteil der SGBII-Bezieher fällt mit 2,2 Prozent in der Ostbeveraner Stichprobe nur knapp halb so hoch aus, wie in Wuppertal (4,3 Prozent). In Münster entpricht der Anteil etwa 3,4 Prozent. Das Durchschnittsalter der Wuppertaler Stichprobe ist mit 55,2 Jahren ebenfalls etwas höher als in Münster (50,1 Jahre) und Ostbevern (53,3 Jahre). Ähnlich verhält es sich mit dem Senior*innenanteil, der in Wuppertal bei 32,5 Prozent, in Ostbevern bei 26,8 Prozent und in Münster bei

¹ Dabei wurden diejenigen Stadtteile ausgewählt, deren Teilung bzw. Zusammenführung aufgrund ihrer sozialstrukturellen Zusammensetzung sinnvoll erschien.

25,4 Prozent liegt. In Wuppertal (14 Prozent) nahmen anteilig mehr Bewohner*innen mit Migrationshintergrund teil als in Münster (12,9 Prozent) und in Ostbevern (9,5 Prozent). Dies spiegelt sich auch beim stichprobenbezogenen Ausländeranteil wieder. Hier ist der Anteil mit 2,7 Prozent in Ostbevern am niedrigsten. In Münster entspricht der Anteil 3,9 Prozent und in Wuppertal 5,7 Prozent.

Verglichen mit der Bevölkerungszusammensetzung in den Untersuchungsgebieten fällt auf, dass der Frauenanteil in der Stichprobe in allen drei Städten etwas höher als in der Grundgesamtheit ist. Darüber hinaus ist der Altersdurchschnitt in der Stichprobe im Vergleich zum Städtedurchschnitt erhöht. Dieser Effekt kann dadurch entstanden sein, bzw. dadurch verstärkt worden sein, dass bei der Befragung ausschließlich volljährige Personen in der Stichprobe aufgenommen wurden. Der Senior*innenanteil der Stichprobe verzeichnet ebenfalls einen erhöhten Anteil im Vergleich zum Anteil in der Grundgesamtheit der jeweiligen Städte. Bewohner*innen mit Migrationshintergrund und ausländischer Herkunft sind wiederum in der Stichprobe unterrepräsentiert. Ebenso verhält es sich mit dem Anteil der SGBII-Bezieher.

3.2 Lost-Letter-Experiment

Die Auswahl der Ablageorte erfolgte anhand eines zweistufigen Verfahrens. In ei-



Abbildung 1: Kartierung der Ablageorte (Kartenauszug Münster)

dem ersten Schritt wurden alle Briefkästen der vier Untersuchungsstädte lokalisiert und jeweils kartiert². Um jeden Briefkasten wurde anschließend ein Radius von 50-100 Meter gezogen (**Abbildung 1**). Auf diese Weise konnten im nächsten Schritt die konkreten Ablageorte eingezeichnet werden, sodass sich die Entfernung zum nächstgelegenen Briefkasten in etwa konstant halten ließ. Pro Quartier wurden insgesamt sechs Ablageorte bestimmt. An zwei Tagen wurden in jedem Quartier bzw. Stadtteil pro Ablageort ein Brief ausgelegt. Daraus ergibt sich eine Anzahl von insgesamt 12 Briefen pro Quartier bzw. Stadtteil.

Osbevern und Breckerfeld wurden aufgrund ihrer Größe als ein Quartier behandelt. Hier wurden insgesamt jeweils 12 Briefe ausgelegt. In Wuppertal wurden 12 Briefe à 53 Quartiere ausgelegt, was einer Gesamtzahl von 636 verlorenen Briefen entspricht. In Münster wurden in 51 Stadtteilen insgesamt 612 Briefe platziert. Insgesamt wurden somit 1.272 Briefe im Feld ausgelegt.

3.3 Leitfadengestützte Interviews

Insgesamt wurden 16 leitfadengestützte Bewohner*inneninterviews geführt. Davon vier in Münster, fünf in Ostbevern und siebzwei in Wuppertal. Die Kartierung erfolgte mithilfe der Software ArcGIS. Dabei wurde u.a. auf Kartenmaterial der Statistikämter der Städte zurückgegriffen.

ben in Wuppertal. Bei der Auswahl der Interviewpartner*innen wurden verschiedene Kriterien berücksichtigt. So wurden ausschließlich Personen interviewt, die entweder (ehrenamtlich) engagiert sind oder als Betroffene in einer Krisen- bzw. Katastrophensituation nachbarschaftliche Unterstützung erfahren. Dabei handelt es sich um engagierte Menschen, die im Katastrophenschutz, in der Nachbarschaftshilfe, in der Flüchtlingshilfe, im Wohlfahrtsbereich sowie im entwicklungs- und umweltpolitischen Kontext aktiv sind. Ferner wurde darauf geachtet, dass sich das Engagement der Interviewten vorwiegend auf das eigene Wohngebiet konzentriert.

4. Ergebnisse im Städtevergleich

4.1 Bevölkerungsumfrage

Wahrgenommener Zusammenhalt

In **Fragebatterie 5** werden die Teilnehmenden danach gefragt, wie sie den sozialen Zusammenhalt in ihrem Wohngebiet wahrnehmen (**Abbildung 2**). Dabei schätzt der Großteil der Befragten den sozialen Zusammenhalt in ihrer Stadt als „eher bzw. sehr gut“ ein. Nur durchschnittlich 1,4 Prozent der Befragten nehmen den sozialen Zusammenhalt in den jeweiligen Städten als „sehr schlecht“ wahr. In Wuppertal wird der

Tabelle 2: Ausgelegte Briefe im Städtevergleich

	Quartiere/ Stadtteile	ausgelegte Briefe
Breckerfeld	1	12
Münster	51	612
Ostbevern	1	12
Wuppertal	53	636
Gesamt	106	1.272

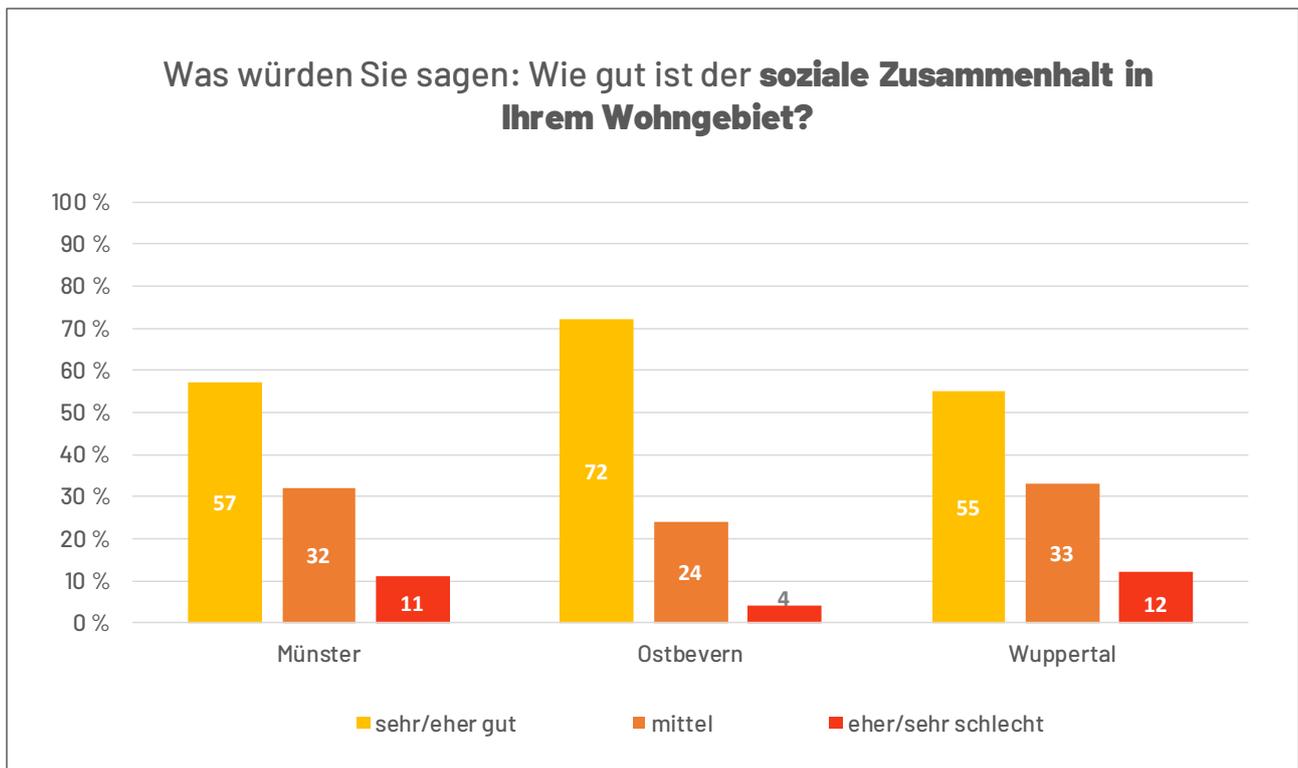


Abbildung 2: Wahrgenommener Zusammenhalt im Wohngebiet

soziale Zusammenhalt insgesamt niedriger beurteilt als in den anderen beiden Städten. Hier geben 55 Prozent der Befragten an, dass der Zusammenhalt in ihrem Wohngebiet „eher bzw. sehr gut“ ist. 12 Prozent bewerten ihn hingegen als „eher bzw. sehr schlecht“. Dabei unterscheiden sich die Münsteraner Angaben nur geringfügig von denen der Wuppertaler Befragten. Hier geben 12 Prozent der Teilnehmenden einen „eher bzw. sehr schlechten“ und 57 Prozent einen „eher bzw. sehr guten“ Zusammenhalt an. Abbildung 2 zeigt außerdem, dass der soziale Zusammenhalt in der Kleinstadt Ostbevern im Vergleich zu den beiden Großstädten deutlich höher eingeschätzt wird. Hier sei nach Angaben von 72 Prozent der Befragten der Zusammenhalt „eher bzw. sehr gut“. Nur 4 Prozent bewerten ihn hingegen als „eher bzw. sehr schlecht“.

Nachbarschaftskontakte und interkultureller Austausch

In **Fragebatterie 6** sollten die Befragten angeben, wie oft sie in den letzten zwölf Monaten verschiedene Aktivitäten für bzw. mit

ihren direkten Nachbar*innen unternommen haben. Aus **Abbildung 3** geht hervor, dass sich 41,9 Prozent der Münsteraner, 43,9 Prozent der Wuppertaler und 49 Prozent der Ostbeveraner Befragten regelmäßig mit ihren direkten Nachbar*innen über Ereignisse oder Probleme unterhalten. Es fällt auf, dass allen anderen Aktivitäten deutlich seltener – in etwa halb so oft – gemeinsam nachgegangen wird.

Ostbevern weist in den ersten drei Kategorien höhere Ausprägungen als die beiden Großstädte auf. Lediglich das Ausführen kleiner Erledigungen wird von den Wuppertaler und Münsteraner Befragten häufiger mit „oft“ bis „sehr oft“ angegeben. In den Großstädten unterhalten sich 23,5 Prozent (Wuppertal) bzw. 25 Prozent (Münster) der Befragten „selten bis nie“ mit ihren Nachbar*innen über Ereignisse oder Probleme. 63 Prozent der Befragten aus den Großstädten unternahmen in den letzten 12 Monaten „selten bis nie“ etwas mit Personen aus ihrer Nachbarschaft und etwa 53,2 Prozent liehen sich „selten bis nie“ etwas von ihren Nachbar*innen aus. In Ostbevern unterhielten sich demgegenüber nur 16 Pro-

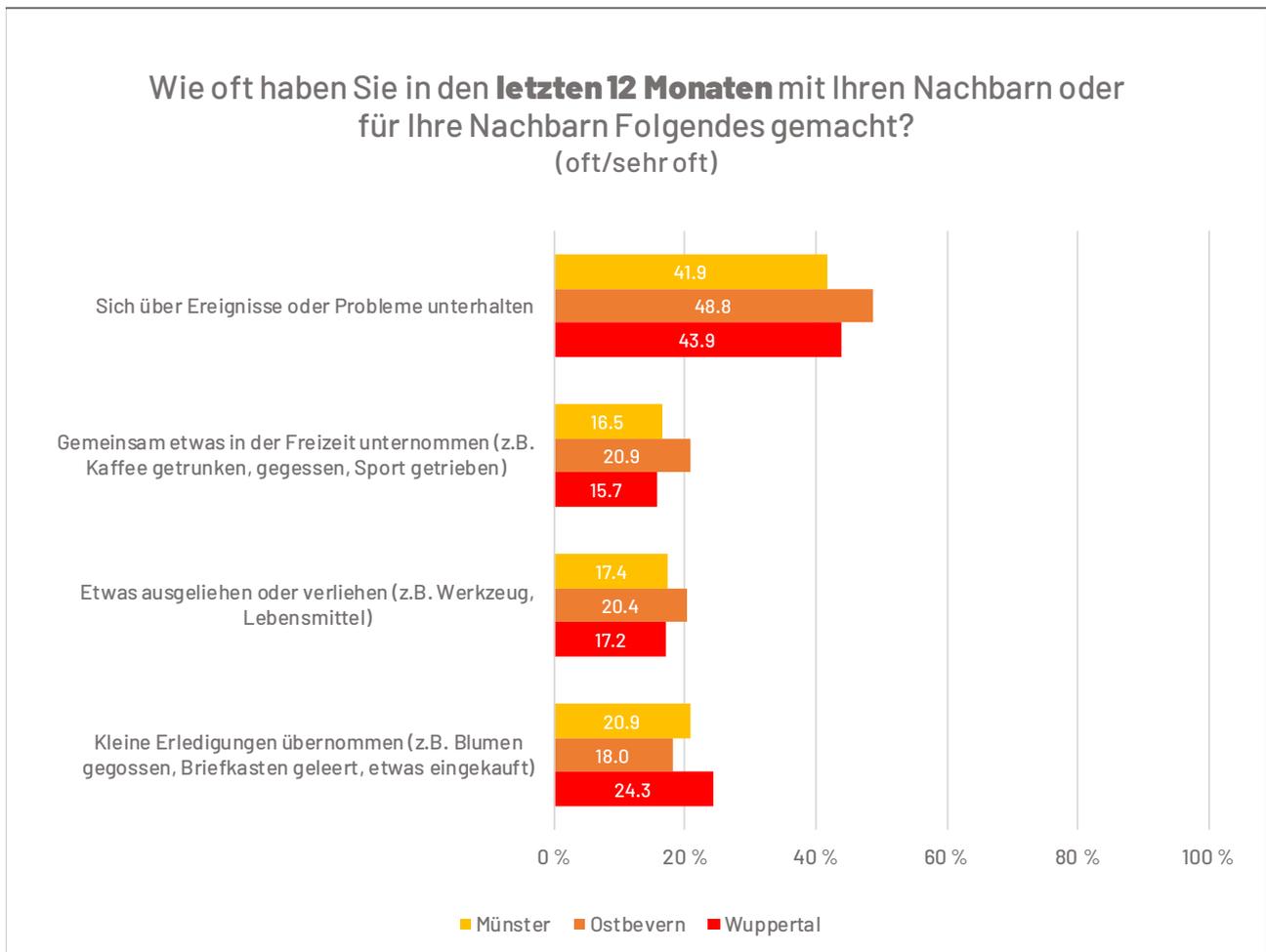


Abbildung 3: Nachbarschaftskontakte in den letzten 12 Monaten

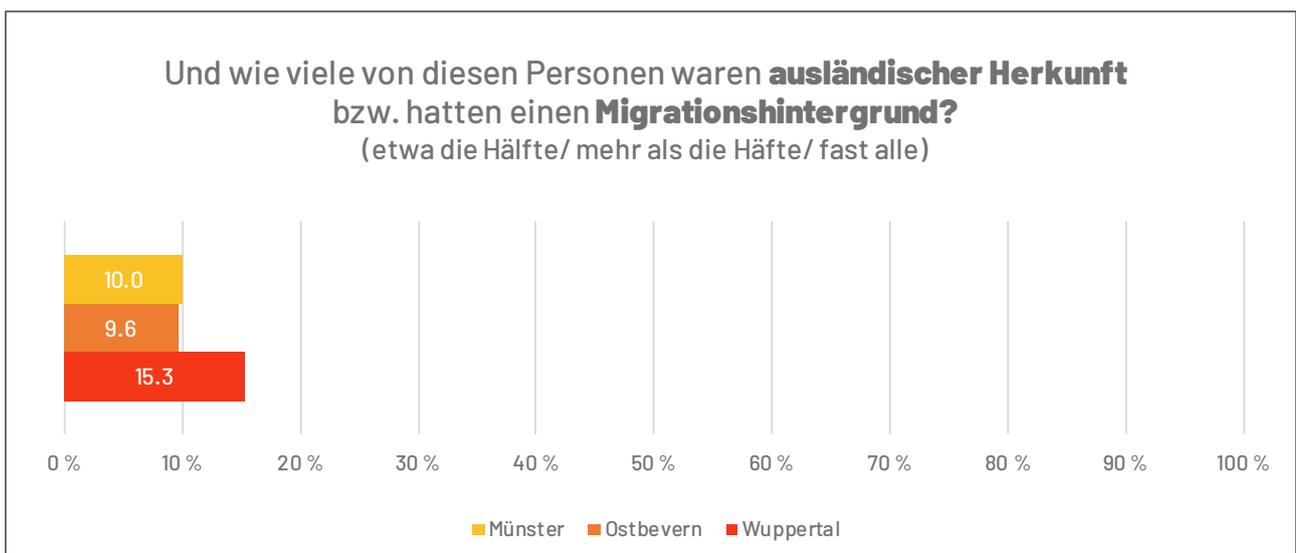


Abbildung 4: Interkultureller Austausch in der direkten Nachbarschaft

zent „selten bis nie“ mit ihren Nachbar*innen, 43,5 Prozent unternahmen „selten oder nie“ etwas mit ihren Nachbar*innen

in ihrer Freizeit und 41 Prozent liehen sich „selten bis nie“ etwas von ihren Nachbar*innen aus. Der nachbarschaftliche Kontakt

scheint somit in Ostbevern insgesamt häufiger stattzufinden als in den Großstädten Münster und Wuppertal.

Fragebatterie 7 schließt inhaltlich unmittelbar an die vorherige an und ermittelt den durchschnittlichen Anteil der Personen mit ausländischer Herkunft bzw. Migrationshintergrund an den direkten Nachbar*innen mit denen die Befragten in den vergangenen 12 Monaten zu verschiedenen Anlässen in Kontakt traten (**Abbildung 4**).

10 Prozent der Befragten aus Münster und 9,5 Prozent der Befragten aus Ostbevern geben an, dass mindestens die Hälfte aller direkten Nachbar*innen, mit denen sie in den letzten 12 Monaten zu entsprechenden Anlässen in Kontakt traten, ausländischer Herkunft seien bzw. einen Migrationshintergrund aufweisen. In Wuppertal liegt der Anteil mit 15,3 Prozent etwas über dem Anteil der anderen beiden Städte. Im Gegensatz dazu geben in Münster 38,6 Prozent, in Ostbevern 29,5 Prozent und in Wuppertal 34,8 Prozent an, dass fast niemand der Nachbar*innen, mit denen sie die oben genannten Aktivitäten ausführten, einen Migra-

tionshintergrund hatte. Fast jede*r Dritte in Münster und Wuppertal sowie ca. jede*r Zweite in Ostbevern gibt an, dass es keine Ausländer*innen oder Personen mit Migrationshintergrund in ihrer Nachbarschaft gebe.

In **Fragebatterie 9** sind zwei Aussagen aufgeführt, zu denen die Befragten den Grad ihrer Zustimmung angeben sollten: 1. Ethnische Vielfalt im Wohngebiet stärkt den Zusammenhalt und 2. Ethnische Vielfalt im Wohngebiet bereichert das Leben. In Münster stimmen 22,1 Prozent, in Ostbevern 25,3 Prozent und in Wuppertal 17,1 Prozent der Befragten der ersten Aussage zu (**Abbildung 5**). Lediglich 3,2 Prozent bis 5 Prozent der Befragten stimmen der ersten Aussage stark zu. Jeweils ca. die Hälfte der Befragten in den drei Städten geben an, dass sie der ersten Aussage teilweise zustimmen. In Münster stimmen 18,3 Prozent und in Ostbevern 18,5 Prozent der Befragten der Aussage nicht zu. In Wuppertal ist der Anteil mit 24,6 Prozent sichtbar höher. Nur etwa 5,2% der Münsteraner Befragten, 3,4 Prozent der Ostbeveraner Befragten und 7,1 Prozent der Wuppertaler Befragten wählen hingegen

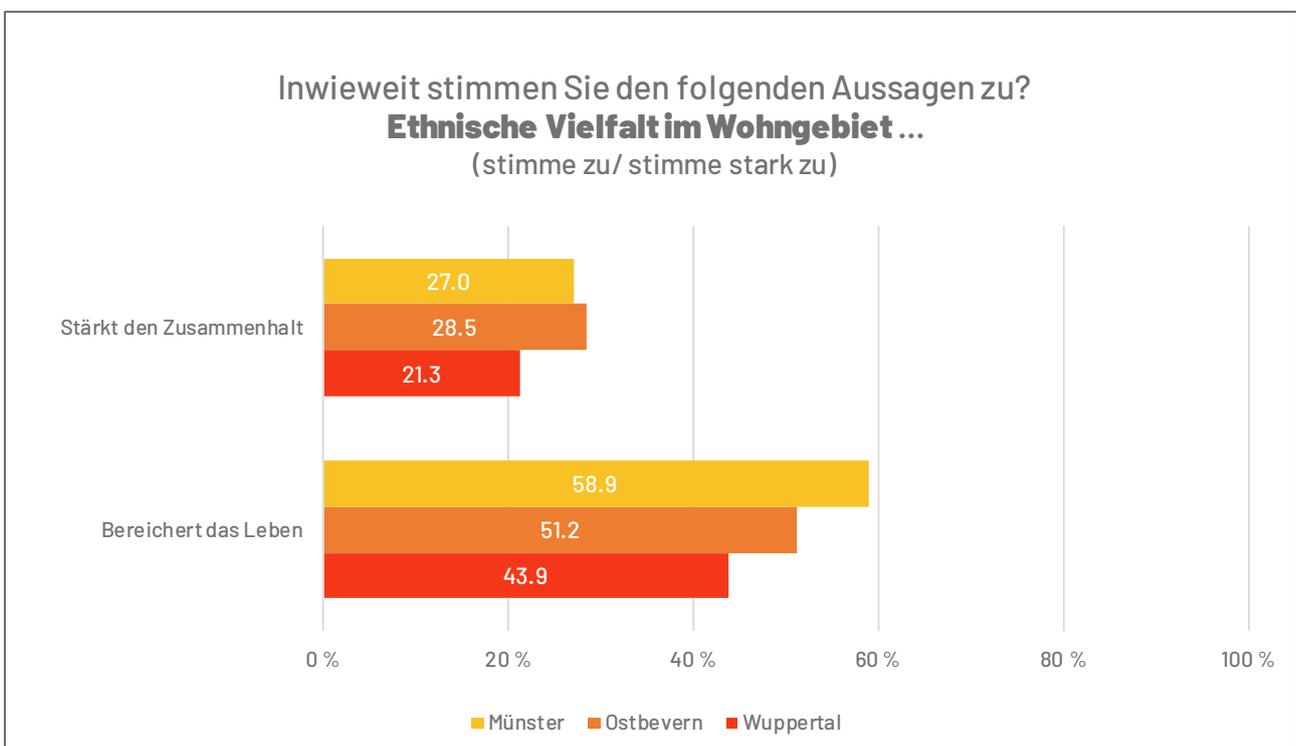


Abbildung 5: Ethnische Vielfalt und Zusammenleben im Wohngebiet

Inwieweit stimmen Sie den folgenden **Aussagen über Ihr Wohngebiet** zu?
(stimme zu/ stimme stark zu)

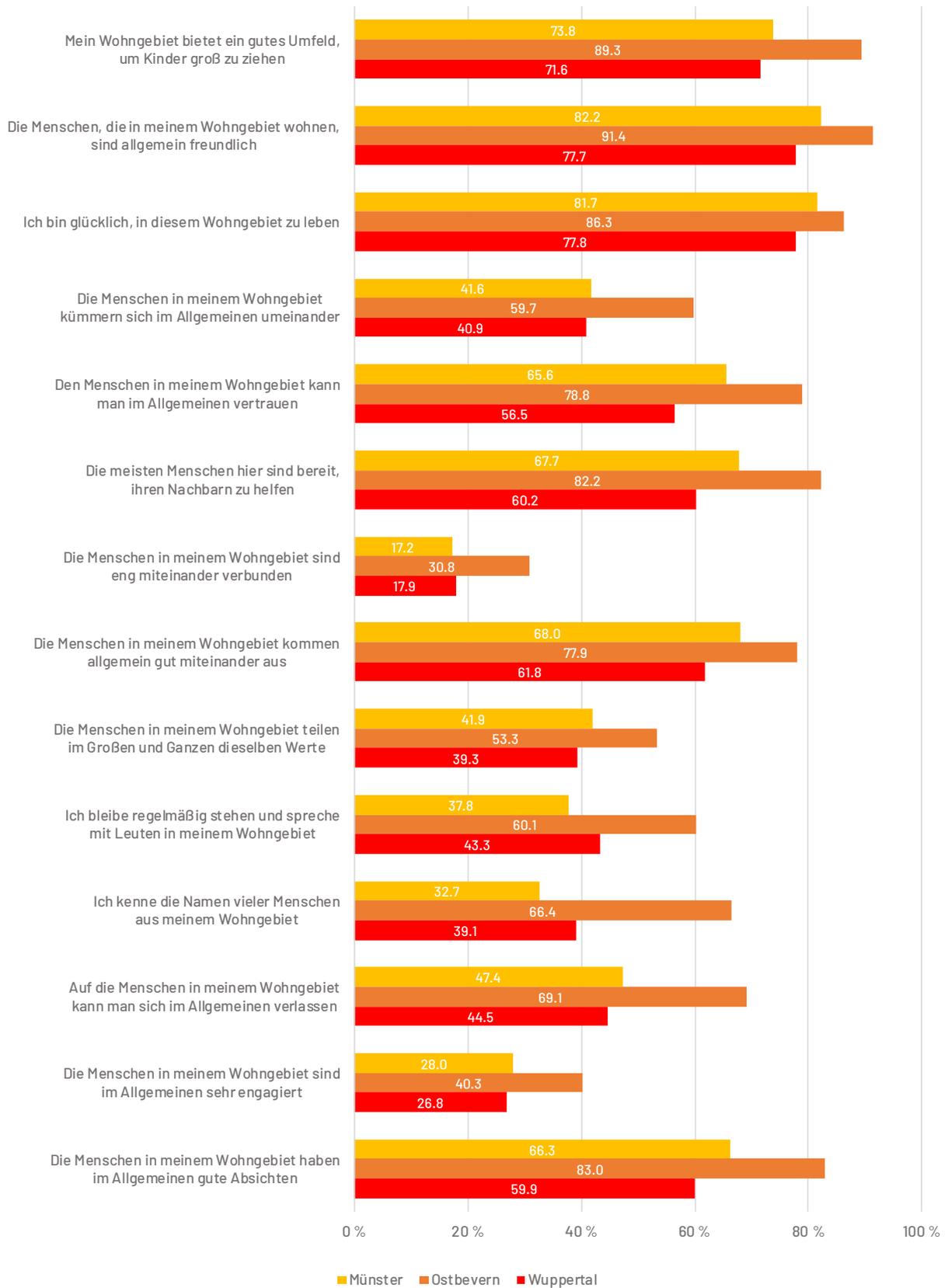


Abbildung 6: Wohnqualität und Zusammenhalt im Wohngebiet

die Antwortoption „stimme überhaupt nicht zu“. Die zweite Aussage stößt allgemein auf mehr Zustimmung. 41,2 Prozent der Befragten in Münster, 41 Prozent in Ostbevern und 34,2 Prozent in Wuppertal stimmen dieser Aussage zu. 17,7 Prozent der Münsteraner, 10,2 Prozent der Ostbeveraner und 9,7 Prozent der Wuppertaler Befragten stimmen dieser Aussage sogar stark zu. Mit einem 36,5 prozentigen Anteil stimmt ein großer Teil aller Befragten Aussage 2 teilweise zu. 10,1 Prozent der Befragten in Münster, 11,9 Prozent in Ostbevern und 15,2 Prozent in Wuppertal stimmen der Aussage (überhaupt) nicht zu.

Zusammenhalt im Wohngebiet

In **Fragebatterie 10** werden die Befragten dazu aufgefordert, den Grad ihrer Zustimmung zu den in **Abbildung 6** gelisteten

Aussagen über ihr Wohngebiet anzugeben. Aus Abbildung 6 wird ersichtlich, dass alle Items durchschnittlich 16,7 Prozentpunkte häufiger die Zustimmung der Befragten aus Ostbevern im Vergleich zu Münster und Wuppertal erhalten. Am deutlichsten zeigt sich diese Differenz beim Frageitem, das nach der Bekanntheit der Namen vieler Personen aus dem eigenen Wohngebiet fragt. Der Großteil aller Befragten empfindet das eigene Wohngebiet als lebenswert. Das zeigt sich insbesondere an den hohen Zustimmungswerten der ersten drei Frageitems zur Wohnzufriedenheit. Fragen zum sozialen Vertrauen (Item 5 und 14), zur allgemeinen Hilfsbereitschaft (Item 6) und Umgänglichkeit (Item 8) weisen ebenfalls Zustimmungswerte im oberen Bereich auf. Auffallend wenig Zustimmung erhalten die Fragen zur Verbundenheit der Menschen

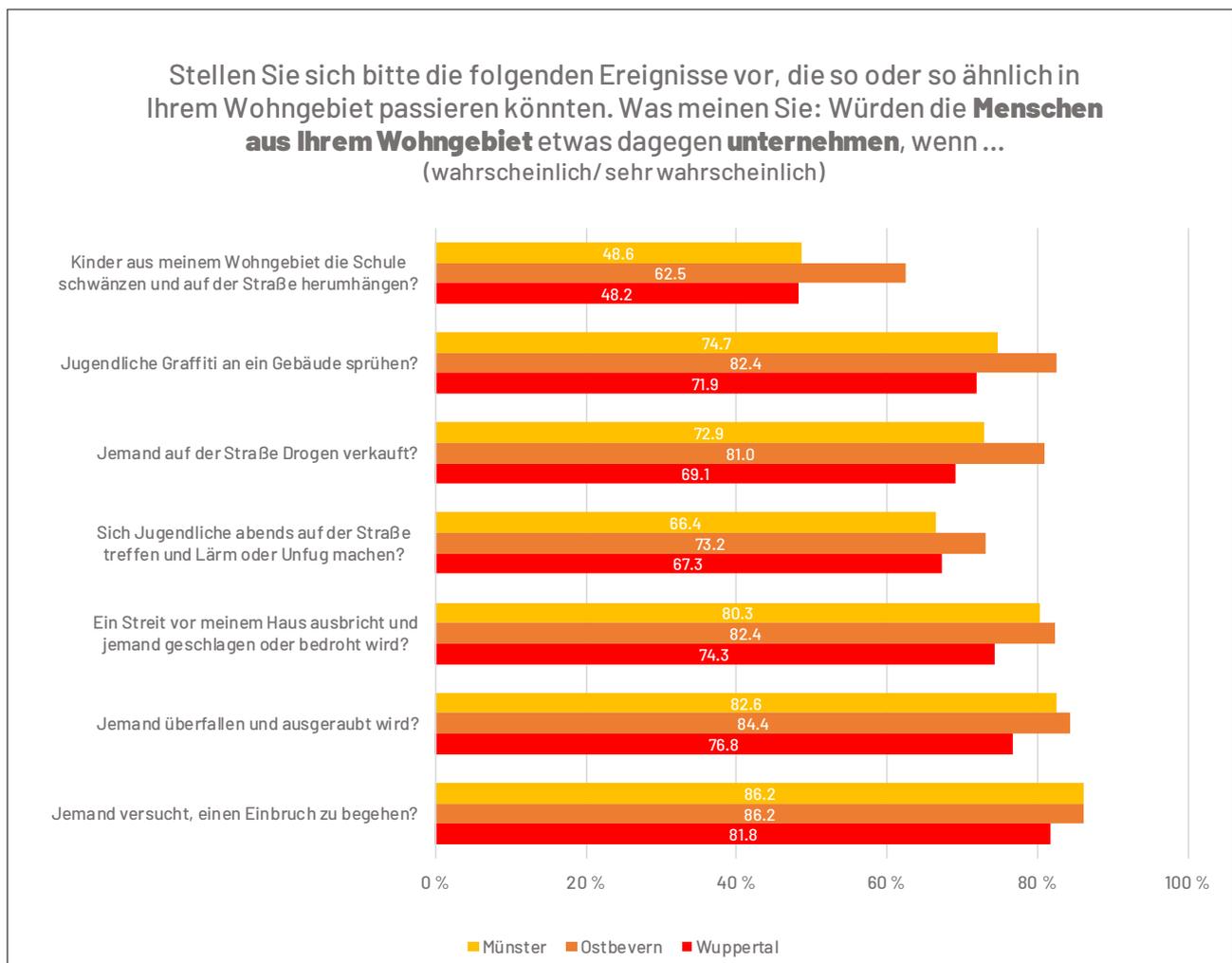


Abbildung 7: Informelle Sozialkontrolle im Wohngebiet

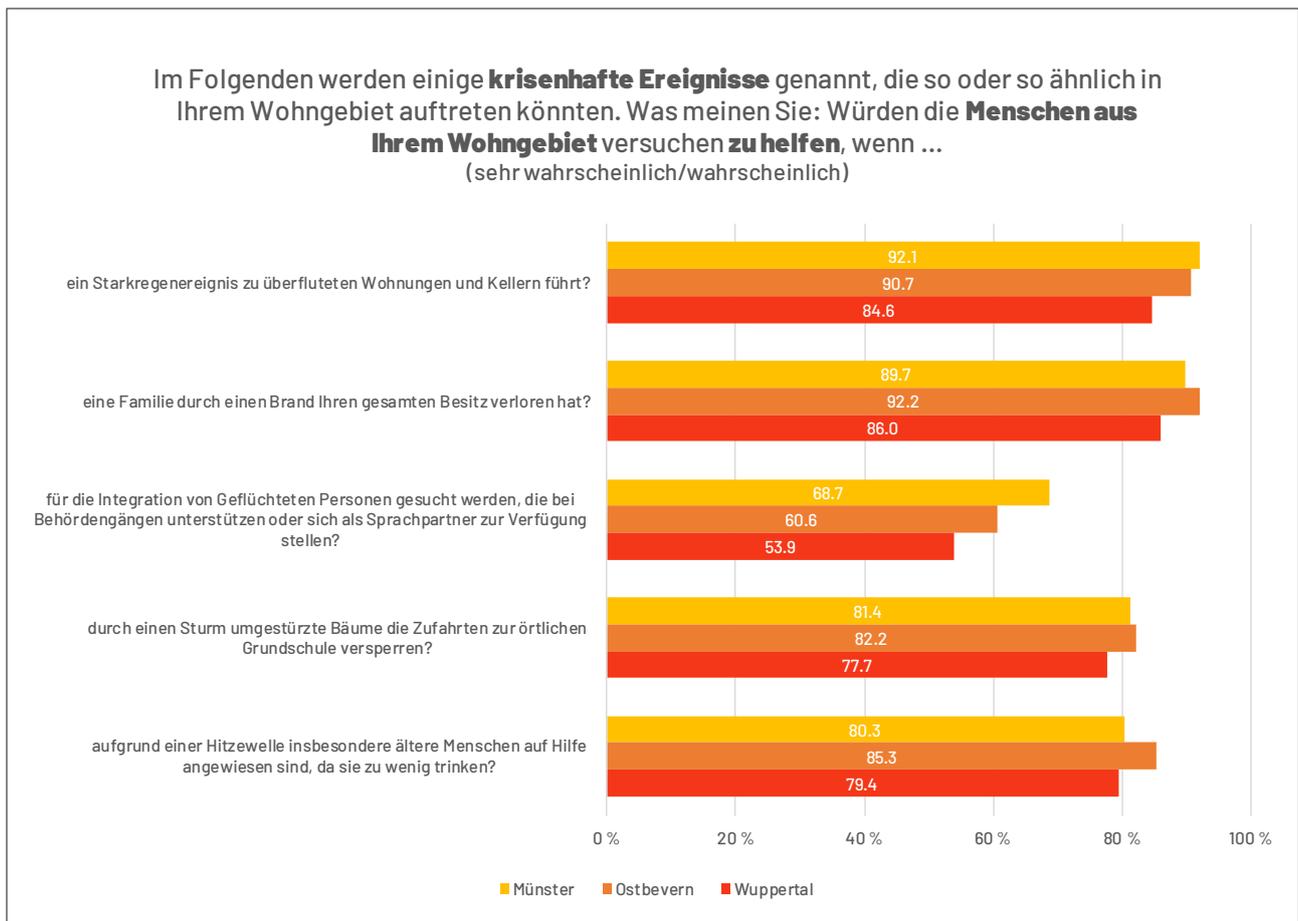


Abbildung 8: Unterstützungserwartung an Menschen im Wohngebiet

(Item 7) im Wohngebiet und zum nachbarschaftlichen Engagement (Item 13). Durchschnittlich 33,8 Prozent der Personen in allen drei Städten stimmen der Aussage zur nachbarschaftlichen Verbundenheit (überhaupt) nicht zu. Der Aussage zum nachbarschaftlichen Engagement stimmen im Durchschnitt 23,3 Prozent der Befragten (überhaupt) nicht zu. Insgesamt zeigt sich, dass die Zustimmungswerte über alle Items hinweg in Ostbevern am höchsten sind. Besonders deutlich wird dieser Unterschied hinsichtlich der Fragen nach der nachbarschaftlichen Verbundenheit (Item 7) und der Kenntnis von Namen in der Nachbarschaft (Item 11).

Informelle Sozialkontrolle

In **Fragebatterie 11** beurteilen die Befragten verschiedene Aspekte informeller Sozialkontrolle in ihrem Wohngebiet (**Abbildung 7**). Die Einschätzung lokaler informeller Sozial-

kontrolle erweist sich insgesamt als relativ hoch, wobei sie in Ostbevern ausnahmslos am höchsten ist. Besonders deutlich wird dieser Unterschied bei der Frage nach der Interventionswahrscheinlichkeit der Nachbar*innen im Falle schwänzender und herumhängender Jugendlicher auf der Straße. In Münster und Wuppertal halten hierbei durchschnittlich 50 Prozent aller Befragten eine Intervention als wenig bis gar nicht wahrscheinlich. In Ostbevern liegt der Anteil hingegen bei 37,5 Prozent. Darüber hinaus wird die Interventionsbereitschaft im Vergleich zu den anderen Frageitems insgesamt deutlich weniger wahrscheinlich eingeschätzt. Mit Ausnahme von Item 4 ist die Antwortoption „sehr wahrscheinlich“ durchweg die meist gewählte.

Unterstützungserwartung in Krisen

Fragebatterie 12 erfragt die Unterstützungserwartung an Menschen aus dem

eigenen Wohngebiet bei verschiedenen krisenhaften Ereignissen (**Abbildung 8**). Der Großteil aller Befragten schätzt es als (sehr) wahrscheinlich ein, dass die Menschen aus ihrem Wohngebiet anderen Menschen in den abgefragten krisenhaften Ereignissen helfen. Im Falle eines Starkregenereignisses oder Brands halten die meisten Befragten es sogar für „sehr wahrscheinlich“, dass die Menschen in ihrem Wohngebiet Hilfe leisten. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Fragebatterien zeichnet sich vorliegend kein eindeutiger Unterschied zwischen Groß- und Kleinstadt ab. Lediglich die Befragten der Stadt Wuppertal schätzen die Unterstützung in ihrer Nachbarschaft systematisch etwas geringer ein. Die erwartete Unterstützung für geflüchtete Personen fällt städteübergreifend sichtbar niedriger aus im Vergleich zu allen anderen Szenarien. Im Städtedurchschnitt beurteilen 39,5 Prozent der Befragten es als wenig bis gar nicht wahrscheinlich, dass Personen aus ihrem Wohngebiet versuchen würden, Geflüchtete bei Behördengängen

zu unterstützen oder sich als Sprachpartner*innen zur Verfügung zu stellen.

Unterstützungsbereitschaft

In **Fragebatterie 13** wird am Beispiel eines mehrtägigen Stromausfalls die Bereitschaft der Befragten ermittelt, verschiedene Hilfeleistungen für Menschen aus ihrem Wohngebiet und Menschen aus anderen Stadtteilen zu erbringen. **Abbildung 9** zeigt eine Diskrepanz zwischen der Unterstützungsbereitschaft für Menschen aus dem eigenen Wohngebiet gegenüber Personen aus anderen Stadtteilen. So scheinen die Befragten über alle Leistungen hinweg eher bereit zu sein, Menschen aus ihrem Wohngebiet als aus anderen Stadtteilen zu helfen.

Die Befragten sind am bereitwilligsten ihre privaten und beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten zur Verfügung zu stellen (93,4 Prozent im eigenen Wohngebiet und 82% im anderen Stadtteil). Zudem sind 90,5 Prozent aller Befragten bereit, knappe Güter wie Batterien oder Wasser mit anderen

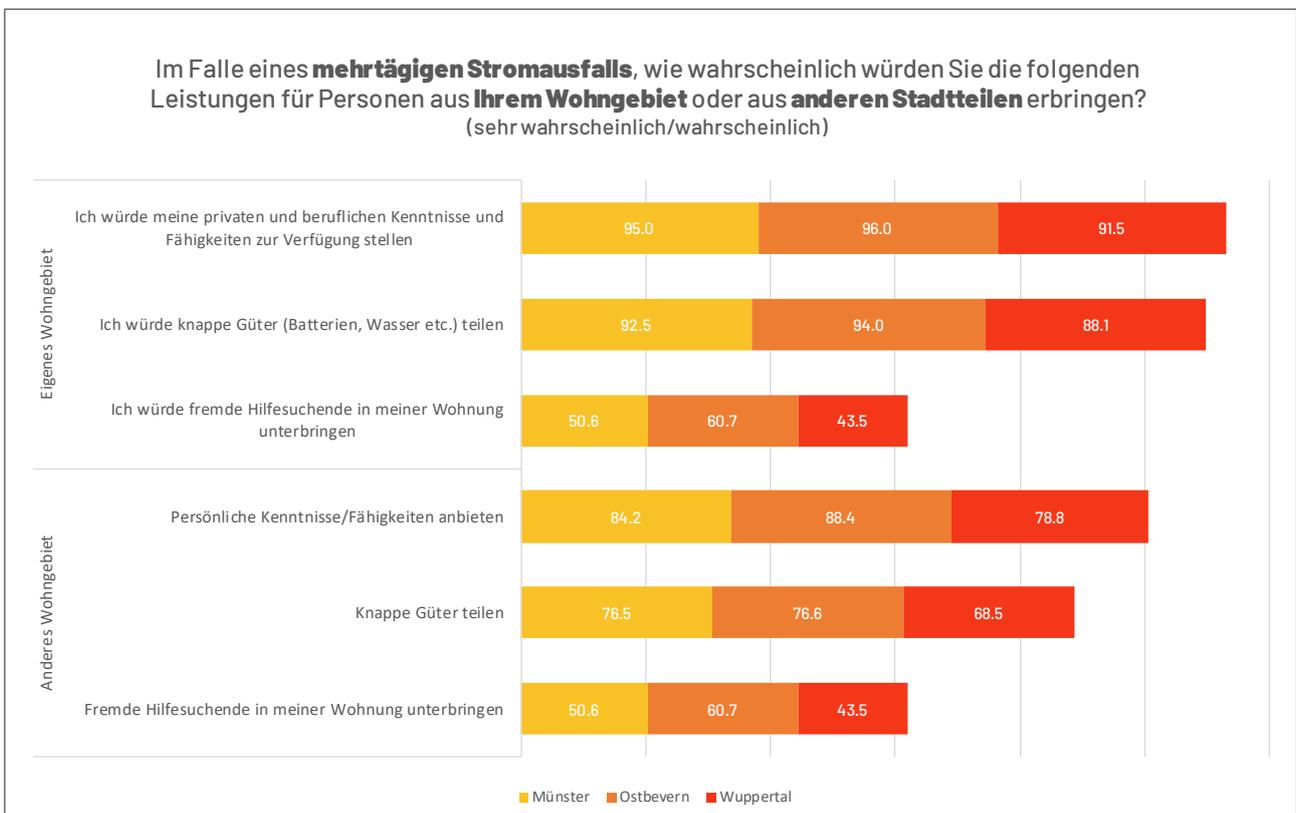


Abbildung 9: Unterstützungsbereitschaft im Wohngebiet/ anderen Stadtteil

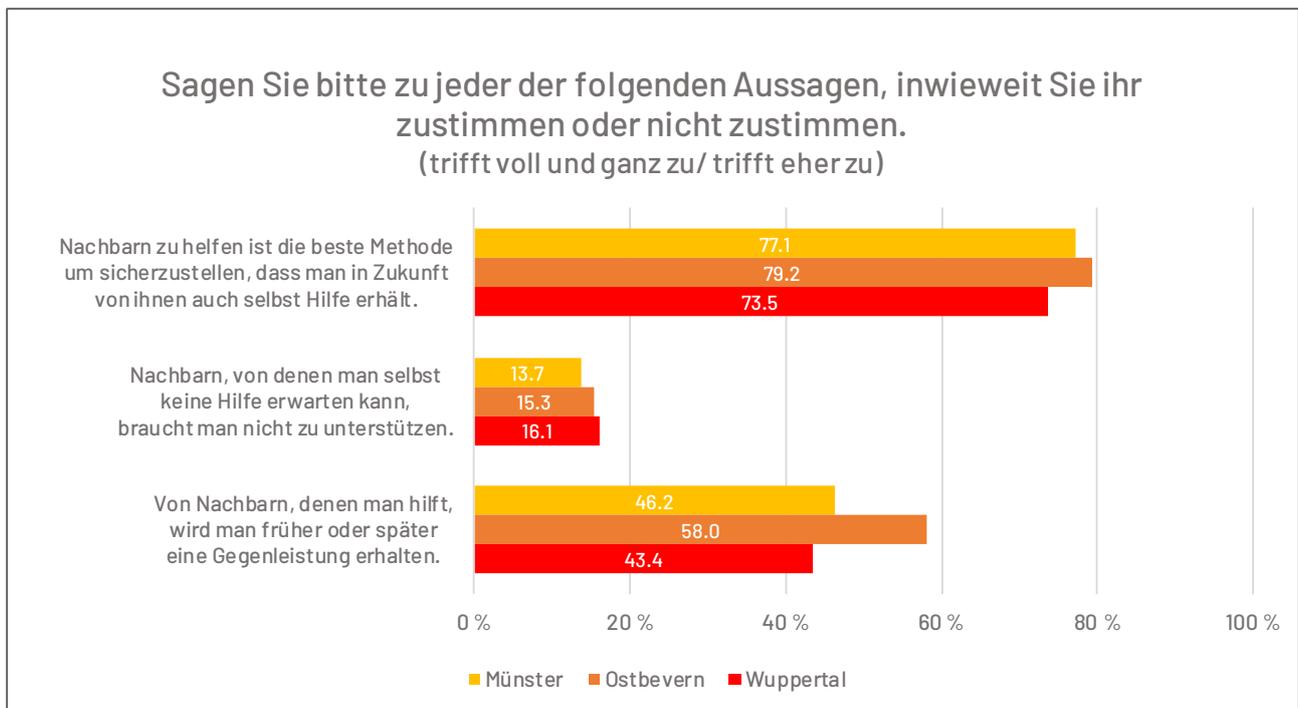


Abbildung 10: Reziproke Einstellung

Personen aus ihrem eigenen Wohngebiet zu teilen. Sind die hilfeschuchenden Personen aus anderen Stadtteilen, schätzen nur 73,9 Prozent der Befragten es als (sehr) wahrscheinlich ein, dass sie knappe Güter mit diesen Personen teilen würden.

Deutlich geringer fällt die Unterstützungsbereitschaft aus, wenn danach gefragt wird, fremde Hilfeschuchende in der eigenen Wohnung unterzubringen. Dazu wären nur 35,1 Prozent in Münster, 40,2 Prozent in Ostbevern und rund ein Viertel (24,6 Prozent) der Befragten in Wuppertal bereit.

Gemessen an den abgefragten Hilfeleistungen, ist die Bereitschaft der Ostbeveraner Befragten in ihrem eigenen Wohngebiet bzw. in einem anderen Stadtteil im Falle eines mehrtägigen Stromausfalls zu helfen, konstant am höchsten, während sie bei den Wuppertaler Befragten am niedrigsten ist.

Generalisierte Reziprozität

Fragebatterie 15 beinhaltet Items, die nach reziproken Einstellungsmustern fragen (**Abbildung 10**). Ein Großteil der Befragten in allen drei Städten stimmt der Aussage „eher“ bis „voll und ganz“ zu, dass Nachbar*innen zu helfen die beste Methode sei

um sicherzustellen, dass man in Zukunft von ihnen ebenfalls Hilfe erhält (X Prozent im Städtedurchschnitt). Der Anteil der Befragten, die diese Meinung eher nicht bzw. gar nicht teilen, liegt hingegen nur bei 5,1 Prozent. Etwas weniger als drei Viertel aller Befragten sind der Meinung, dass man von Nachbar*innen, denen man hilft, früher oder später selbst eine Gegenleistung erhalten wird. Diese Aussage stößt bei ca. 11,7 Prozent der Befragten auf wenig bis gar keine Zustimmung. 56,7 Prozent aller Befragten stimmen der Aussage (eher) nicht zu, dass man Nachbar*innen, von denen man selbst keine Hilfe erwarten könne, nicht zu unterstützen brauche.

Zivilgesellschaftliches Engagement

In **Fragebatterie 16** sind verschiedene Organisationsformen aufgeführt. Die Befragten werden gebeten anzugeben, wie häufig sie die entsprechenden Organisationsformen in den letzten 12 Monaten unterstützt haben (**Abbildung 11**). Die meisten Personen sind in Organisationen für kulturelle oder Freizeitaktivitäten, wie Sport- oder Fördervereine, organisiert. Die wenigsten in politischen Organisationen.

In Ostbevern werden Nachbarschaftsorganisationen, Nationale Katastrophenschutz- und Hilfsorganisationen, Organisationen für kulturelle und Freizeitaktivitäten sowie religiöse und kirchliche Organisationen häufiger als in den beiden Großstädten Münster und Wuppertal unterstützt. In den Großstädten ist hingegen die Unterstützung von Gewerkschaften, Organisationen der internationalen humanitären Hilfe, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen und Organisationen der Wohlfahrt häufiger.

In Münster geben 10,9 Prozent, in Ostbevern 8,4 Prozent und in Wuppertal 11,1 Prozent der Befragten an, keine der Organisationen in den letzten 12 Monaten unterstützt zu haben. 6,1 Prozent der Befragten aus Münster, 3,4 Prozent aus Ostbevern und 5,6 Prozent aus Wuppertal geben an, in den letzten 12

Monaten eine oder mehrere der Organisationen selten unterstützt zu haben. Insgesamt unterstützten ca. 89,2 Prozent aller Befragten mindestens eine Organisationsform in den letzten 12 Monaten selten bis sehr häufig.

4.2 Lost-Letter-Experiment

Über beide Durchgänge und alle Städte hinweg ergibt sich eine Rücklaufquote von 64,7 Prozent. Die Rücklaufquoten der beiden Großstädte liegen bei knapp 64 Prozent für Wuppertal und 65 Prozent für Münster. Die höchste Rücklaufquote konnte Breckerfeld erzielen. 11 der 12 dort verlorenen Briefe wurden abgeschickt, was einer Rücklaufquote von 92 Prozent entspricht. Aus Ostbevern als zweitem ländlich gelegenen Referenzgebiet kamen hingegen sieben der

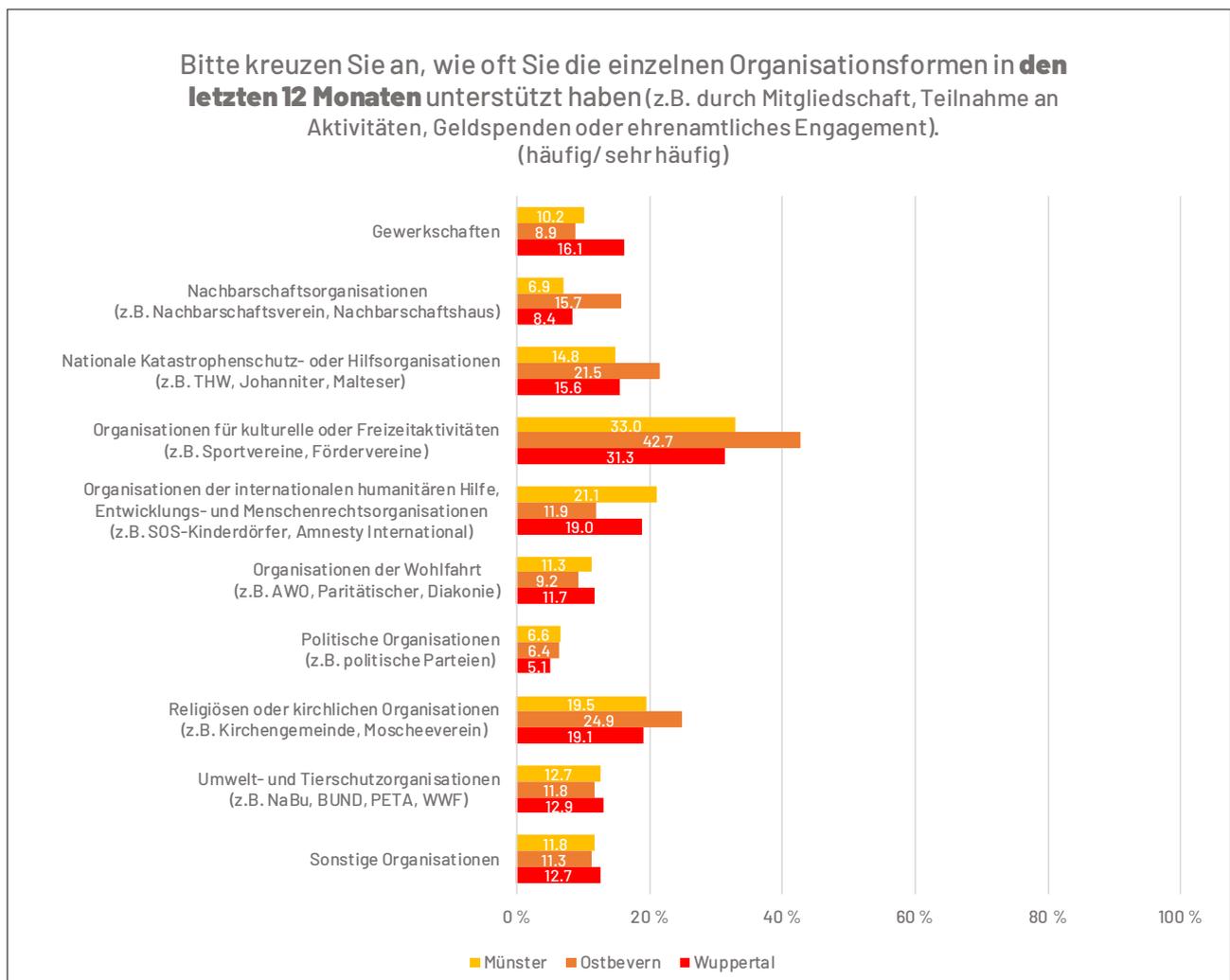


Abbildung 11: Partizipation/ Organisationale Unterstützung

Tabelle 3: Lost-Letter Rücklauf im Städtevergleich

	Anzahl zurückgekommener Briefe	Anzahl nicht zurückgekommener Briefe	Rücklaufquote
Breckerfeld	11	1	91,7 %
Münster	399	213	65,2 %
Ostbevern	7	5	58,3 %
Wuppertal	406	230	63,8 %
Gesamt	823	449	64,7 %

12 Briefe zurück, womit diese Quote mit 58 Prozent die niedrigste aller Referenzgebiete darstellt.

5. Inhaltsanalyse der Interviews

Die aufgezeichneten Interviews wurden jeweils transkribiert und anonymisiert. Anschließend wurden sie mittels der qualitativen Datenanalyse-Software MaxQDA codiert und ausgewertet. Die Interviewauswertung fand in Anlehnung an die Inhaltsanalyse Mayrings statt (Abbildung 12). Die Klassifizierungsgegenstände und die theoriegeleiteten Dimensionen wurden aus dem Interviewleitfaden deduktiv erschlossen. Die Antwortkategorien wurden basierend auf den Interviews induktiv erschlossen. Das heißt, die Antworten der Befragten wurden verallgemeinerten Kategorien zugeordnet, wobei die Kategorien dennoch so spezifisch formuliert sind, dass die einzelnen Aussagen durch die Zuordnung nicht ihren Aussagegehalt verlieren. Die induktive Vorgehensweise ermöglicht die Einbeziehung theoretisch unerwarteter Antworten in die Analyse und kreierte somit ein vollständiges Kategoriensystem, das auch Antworten abseits des theoretisch Erwartbaren berücksichtigt. Mehrfachcodierungen eines Segments waren zulässig. Die kleinste Codiereinheit (minimalste aus-

wertbare Textbestandteil) war ein Wort. Die Kontexteinheit, also die Informationen, die bei der Codierentscheidung miteinbezogen werden durften, war das gesamte Interviewtranskript. Um die Reliabilität der Interviewauswertung zu gewähren, wurden 50 Prozent der Codierungen durch einen zweiten Coder überprüft und gegebenenfalls überarbeitet. Darüber hinaus wurden die Gütekriterien Verfahrensdokumentation, argumentative Interpretationsabsicherung und Regelgeleitetheit (in Form eines Codierleitfadens) eingesetzt.

Krisen

Unter dem Code „bisherige Krisensituationen“ sind alle bisher erlebten Krisen der Befragten erfasst. Die Befragten nannten persönliche Krisen, wie das Erleben eines Einbruchs in ihren Wohnraum (13 Prozent)³,

³ Der Anteil bezieht sich dabei immer auf die Gesamtzahl der geführten Interviews (N = 16). Folglich entspricht das Vorkommen eines Codes in allen 16 Interviews einem „Anteil“ von 100 Prozent. Innerhalb einer Oberkategorie ergibt die Summe aller Unterkategorien selten 100 Prozent. Das liegt daran, dass bestimmte Kategorien nicht in allen Interviews explizit abgefragt oder Fragen von Interviewten nicht beantwortet wurden. In einigen Fällen liegt die Summe der Anteile der Unterkategorien außerdem bei über 100 Prozent. Das liegt daran, dass in manchen Interviews mehrere Unterkategorien genannt wurden (beispiels-



Abbildung 12: Strukturierung der Auswertung

sowie Krisen mit persönlichen Folgen, wie wirtschaftliche Einkommenseinbrüche (6 Prozent), Wasserschäden (31 Prozent), Stromausfälle (6 Prozent) oder eine Hitze-welle (6 Prozent). Die Verunsicherung durch einen Mordfall (6 Prozent), Gebäudebrände (13 Prozent), großflächige Räumungen von Wohngebäuden (13 Prozent), leerstehende Häuser (13 Prozent) und ein Schneechaos (6 Prozent) wurden von den Befragten als Krisensituationen genannt, von denen mehrere Anwohner*innen des Quartiers betroffen waren. Einige Befragte führten schwerwiegende Unfälle (13 Prozent) und Todesfälle in der Nachbarschaft (13 Prozent) als Krisensituationen an, die bei einigen Nachbar*innen emotionale Betroffenheit und Anteilnahme hervorriefen. Schließlich wurden auch überregionale Phänomene, wie der Klimawandel (6 Prozent) und die Flüchtlingssituation (6 Prozent), als Krisensituationen von den Befragten angegeben. Die meisten Befragten (31 Prozent) gaben in den Interviews Wasserschäden am Haus oder in der Wohnung als Krisensituation an (siehe Tabelle weise mehrere lebenswerte Faktoren des Quartiers).

1). In den Schilderungen der Befragten zur Bewältigung der bisher erlebten Krisensituationen, wurde von zwei Befragten die Informationsübertragung und -vermittlung als problematisch empfunden. Der unzureichende Zugang der Befragten zu Informationen, die sie direkt oder indirekt betrafen, führte bei ihnen zu Verunsicherung oder Planungsschwierigkeiten.

Ein Großteil der Befragten berichtet im Rahmen der Bewältigung bisheriger Krisensituationen, dass ihre Nachbar*innen in Krisen kooperiert oder geholfen haben. In 38 Prozent der Fälle gaben die Befragten an, selbst mit anderen Nachbar*innen zusammen zur Krisenbewältigung beigetragen zu haben, in 31 Prozent der Fälle wird ausschließlich das kooperative bzw. hilfsbereite Verhalten der Nachbar*innen geschildert⁴. Jeweils 19

⁴ Diese Angabe schließt allerdings nicht die eigene Hilfsbereitschaft der Befragten aus. In diversen Fällen war den Befragten die eigene Hilfeleistung nicht möglich, da sie zum Zeitpunkt des Krisenereignisses z.B. nicht anwesend waren, selbst von der Krise betroffen waren oder nicht über die benötigten Hilfsmittel verfügten.

Prozent der Befragten gaben an, dass sie schon einmal alleine maßgeblich zur Bewältigung einer Krisensituation beigetragen haben bzw. eine Krisenbewältigung durch die Hilfe von Freunden und/oder Verwandten stattfand. Ebenfalls 19 Prozent der Befragten berichteten, dass durch die Krisensituation eine nachbarschaftliche Initiative bzw. ein Bündnis unter den Anwohner*innen entstand, um sich gemeinsam gegen den Missstand einzusetzen. In zwei Fällen (13 Prozent) fand die Krisenbewältigung hauptsächlich durch eine oder mehrere Organisationen statt.

Im Allgemeinen erwarten die Befragten bei der Bewältigung zukünftiger Krisen Unterstützung von Menschen in ihrer Nachbarschaft. Mehr als die Hälfte der Befragten (56 Prozent) geht in künftigen Krisensituationen davon aus, (personenunabhängige) Hilfeleistungen von ihren Nachbar*innen zu erhalten. Jeweils zwei Befragte erwarten bei der Bewältigung künftiger Krisen Unterstützung durch bestimmte Nachbar*innen oder die Mitglieder der (lokalen) ehrenamtlichen Organisation, in der sie sich engagieren.

„Ja, von der Stadt kam halt wenig [...] Das hat man eigentlich, mehr oder weniger, 1000 Mal erfragen müssen, ob es überhaupt funktioniert. Da musste man zum Bürgerbüro, dann wieder zur Stelle zurück, wo das Geschehen halt war, dann wieder zurück zum Bürgerbüro, weil keiner wusste, was der eine sagt, was der andere tut. Es war halt schon recht schwierig, da überhaupt Informationen zu bekommen. Der Informationsfluss war recht schlecht. Schlecht, würde ich schon sagen. [...] Wir haben viel Rennerei gehabt von A nach B nach C, um wieder bei A zu landen, weil keiner genau wusste ... Klar, war es für jeden irgendwie schwierig, aber als Betroffener, der Hilfe sucht, stand man schon manchmal echt blöd da. Und wenn man dann auch wirklich von A nach B geschickt wird und dann weiß doch wieder keiner, was Sache ist.“

Nachbarschaftliche Gemeinschaft

Von insgesamt drei Befragten beschreiben zwei ihre Nachbarschaft als freundlich bzw. friedlich, eine(r) beschreibt das allgemeine Miteinander in der Nachbarschaft als distanziert. Jeweils zwei Befragte beschreiben ihre Nachbarschaft als gebildet und zwei weitere als sicher. Darüber hinaus gibt ein(e) Befragte(r) an, dass die Fluktuation in der Nachbarschaft gering sei. In einem anderen Interview wird der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund als groß beschrieben.

Mehr als die Hälfte der Befragten (56 Prozent) beschreiben ihre Nachbar*innen als allgemein verlässlich. 19 Prozent der Befragten gaben in den Interviews an, dass die Verlässlichkeit ihrer Nachbar*innen von der jeweiligen Situation abhängig sei. Ein(e) Befragte(r) schätzte die Verlässlichkeit der Nachbar*innen als durchschnittlich ein. Die verbleibenden Befragten gaben an, dass sie sich auf ihnen bekannte Personen verlassen könnten (6 Prozent), auf bestimmte Personen (6 Prozent) oder auf Mitglieder der ehrenamtlichen Organisation, in der sie sich engagieren (6 Prozent). Als Beispiele für nachbarschaftliche Verlässlichkeit nannten die Befragten Pünktlichkeit und das Halten an Absprachen (6 Prozent), das verlässliche Annehmen von Paketen (6 Prozent), das verlässliche Ausleihen von Gegenständen (6 Prozent) sowie das Erteilen von verlässlichen und verbindlichen Rückmeldungen (6 Prozent).

„Mir gefällt auch, dass es nicht so eine homogene Bevölkerung ist, die hier wohnt, sondern dass ein großer Ausländeranteil ist, der doch vieles schwierig macht, aber auch sehr viel Fremdes und Lebendiges hier reinbringt.“

„Ich glaube, dass noch immer Luft nach oben ist, das Engagement miteinander zu kommunizieren und Vertrauen zu haben, auch in andere Kulturen. Weil es doch noch oft so ist, dass Verschiedene nebeneinander wohnen, und dann ist es: mein Eck, und dein Eck und deine Landsleute und meine Landsleute. Es ist schon noch so.“

Hilfsbereitschaft

Etwa 75 Prozent der Befragten beurteilten ihre Nachbar*innen in den Interviews als hilfsbereit. Ein(e) Befragte(r) gab an, dass die Hilfsbereitschaft sowohl von der Art der geforderten Hilfeleistung, als auch der eigenen Lebenssituation abhänge. Ein(e) andere(r) Befragte(r) war der Ansicht, dass die Nachbar*innen im Wohngebiet indirekt hilfsbereit seien. So bestände die eigene Unterstützung der Befragten darin, andere Hilfeleistende zu organisieren.

Von den Befragten vermuteten 38 Prozent in vielerlei Fällen gegenseitige Bekanntheit als Grund für die Hilfsbereitschaft ihrer Nachbar*innen. Als weitere Gründe für nachbarschaftliche Hilfsbereitschaft wurden vermittelte Werte und Normen (6 Prozent), emotionale Betroffenheit (6 Prozent) und Gemeinwohlorientierung (6 Prozent) genannt. In zwei Fällen waren die Befragten davon überzeugt, dass die persönliche Betroffenheit der Helfenden maßgeblich für ihre Hilfsbereitschaft sei.

„Aber grundsätzlich war die Unterstützung super, fand ich. Was ich auch gigantisch finde, ich bin eine aktive Facebook-Nutzerin und es gibt ‚Ich verschenk’s in Münster‘ und das funktioniert so gut! Ich hab’ all mein Zeug, was ich nicht loswerden konnte, verschenkt, und da kamen auch Geflüchtete, die gerade irgendwie ein Zimmer eingerichtet haben und die haben dann ein Regal abgeholt mit einem Fahrrad.“

Nachbarschaftlicher Kontakt

In der Kategorie „nachbarschaftlicher Kontakt“ wird in den Interviews am häufigsten angegeben, dass die Befragten mit ihren Nachbar*innen in Kontakt treten, um sich gegenseitig zu helfen oder um sich zu unterstützen (56 Prozent). Die Hälfte der Befragten antworteten, auf öffentlichen Veranstaltungen und Festen mit ihren Nachbar*innen in Kontakt zu treten, 44 Prozent gaben an, durch sonstige Feierlichkeiten (beispielsweise bei Geburtstagen oder Grillfesten) mit ihren Nachbar*innen Kon-

takt zu haben. Darüber hinaus reflektierten 44 Prozent der Befragten, dass Kontakt mit den Nachbar*innen insbesondere im Kontext der ehrenamtlichen Organisation entstehe oder in Form von gemeinsamen Aktivitäten (38 Prozent) stattfinde. Jeweils 31 Prozent der Befragten antworteten, dass Kontakt mit den Nachbar*innen dadurch entstehe, dass man sich zufällig (z. B. auf der Straße oder im Treppenhaus) begegne bzw. dadurch, dass es einen Sachverhalt zu klären gebe (z. B. Mülltonnen rausstellen). Ein Viertel der Befragten war davon überzeugt, dass sich Kontakt häufig über Kinder anbahne, beispielsweise in Kindergärten, Schulen oder auf Spielplätzen.

Mehr als die Hälfte (56 Prozent) der Befragten berichtete, dass sie guten Kontakt zu ihren direkten Nachbar*innen pflegen. Etwas weniger als ein Drittel der Befragten (31 Prozent) antwortete, dass sie keinen oder kaum Kontakt zu ihren direkten Nachbar*innen haben. Ein(e) Befragte(r) gab an, zwar zu einigen direkten Nachbar*innen Kontakt zu haben, dass der Kontakt jedoch von den Eigenschaften der jeweiligen Person abhänge.

Ein Viertel der Befragten führte an, dass die Häufigkeit und Intensität des Kontaktes mit anderen Nachbar*innen vom Alter, bzw. der Lebensphase der Befragten abhänge. Dabei unterschieden sich die Aussagen in dieser Rubrik jedoch dahingehend, inwiefern das Alter und die Lebensphase die Kontakthäufigkeit und -intensität beeinflussen: Es wurde sowohl die Aussage getätigt, dass sich steigendes Alter sowohl positiv (6 Prozent) als auch negativ (13 Prozent) auf den nachbarschaftlichen Kontakt auswirke. Ferner wurde vermutet, dass ein ähnliches Alter (6 Prozent) oder eine ähnliche Lebenssituation (6 Prozent) nachbarschaftlichen Kontakt positiv beeinflusse. Darüber hinaus wurden Gemeinsamkeiten (6 Prozent), Hilfebedarf (6 Prozent) bzw. eine lange Wohndauer (6 Prozent) von jeweils einer/m Befragten als Faktoren genannt, die die Kontakthäufigkeit und -intensität positiv beeinflussen.

44 Prozent der Befragten beschrieben, dass ihre Nachbar*innen im Allgemeinen

in engem Kontakt zueinander stehen und sich in der Regel untereinander kennen. Ein Viertel der Befragten (25 Prozent) gab an, dass der Kontakt der Nachbar*innen untereinander allgemein wenig sei. 19 Prozent der Befragten berichteten, dass der nachbarschaftliche Kontakt innerhalb verschiedener Subgruppen stattfindet. Eine interviewte Person war hingegen davon überzeugt, dass im Wohnquartier Kontakt zwischen verschiedenen Subgruppen bestehe. Die Subgruppen entstehen den Befragten zufolge durch kulturelle oder (sozio)ökonomische Unterschiede. Des Weiteren gaben drei Befragte an, dass in ihrer Nachbarschaft der Kontakt auch über Messenger-Dienste (13 Prozent) oder eine Nachbarschafts-App (6 Prozent) stattfindet.

„Also, wenn ganz Fremde hierhin kommen, sollten sie in einen Verein gehen. Man trifft zwar auch Leute, wenn man sich auf die Straße stellt und mit dem Hund spazieren geht und kann sich gegenseitig einladen. Das geht auch. Aber diejenigen, die in einen Verein gehen, kennen natürlich sofort dreißig, vierzig, fünfzig [...] Also, wenn man sozialen Kontakt haben will, muss man am besten in einen Verein gehen.“

„Das ist wirklich hier wegen [dem Mehrgenerationenhaus]. Also, wie gesagt, jeder kannte eigentlich jeden, aber durch [das Mehrgenerationenhaus] kannte man dann auch die persönlichen Gründe und wo sie halt Hilfen benötigen oder wo die Stärken liegen, sodass wir die Leute mal ansprechen können.“

Sozialer Zusammenhalt

Im Rahmen des ResOrt-Projekts wird sozialer Zusammenhalt über die Dimensionen soziales Vertrauen, soziale Netzwerke, geteilte Werte- und Normen, Partizipation und Reziprozität definiert. 38 Prozent der Befragten definierten sozialen Zusammenhalt darüber, dass die Bewohner*innen untereinander Kontakt haben (Soziale Netzwerke).⁵

⁵ Die Befragten wurden nicht explizit nach ihrem Verständnis von sozialem Zusammenhalt gefragt. Die Codierungen basieren auf den Ausführungen der Befrag-

Für 19 Prozent der Befragten bedeutete sozialer Zusammenhalt, dass sich die Bewohner*innen für die Gemeinschaft oder den Stadtteil engagieren (Partizipation). Ein(e) Befragte(r) verstand unter sozialem Zusammenhalt die verlässliche Erbringung von gegenseitigen Hilfeleistungen der Nachbar*innen (generalisierte Reziprozität). Es zeigt sich demnach, dass das Verständnis der Befragten von sozialem Zusammenhalt weitestgehend mit der Projektdefinition in Einklang steht.

Bei der Auswertung der Interviews wurden zusätzlich alle Textpassagen codiert, die unabhängig von den direkten Fragen zum Thema sozialer Zusammenhalt, Aspekte der fünf Komponenten adressieren. Die Projektdimension Soziale Netzwerke wurde am häufigsten angesprochen. Dabei wurden in 69 Prozent der Interviews enge soziale Kontakte (sog. bonding social capital) genannt und in 38 Prozent Netzwerke, die auf der Zugehörigkeit zu diversen sozialen Gruppen gründen (sog. bridging social capital). Partizipation wurde in 88 Prozent der Interviews thematisiert, Generalisierte Reziprozität in 69 Prozent. Die Projektdimensionen Soziales Vertrauen bzw. Werte- und Normenkanon fanden vergleichsweise weniger Berücksichtigung, dennoch wurden sie in 44 Prozent bzw. 38 Prozent der Interviews thematisiert.

Die Hälfte der Befragten schätzte den sozialen Zusammenhalt in ihrem Wohngebiet als allgemein gut ein. 19 Prozent der Interviewten gaben an, dass sie den Eindruck haben, der soziale Zusammenhalt innerhalb verschiedener im Quartier ansässiger Subgruppen sei gut. Ein(e) Befragte(r) führte hingegen an, dass der soziale Zusammenhalt zwischen verschiedenen Subgruppen im Wohnquartier schlecht sei. Jeweils ein(e) weitere(r) Befragte(r) gab an, dass der Zusammenhalt mit der Zeit im Wohnge-

ten zu der Frage nach der Einschätzung des sozialen Zusammenhalts. Wurde beispielsweise geantwortet: „Ich finde den sozialen Zusammenhalt hier gut, da die Leute viel Kontakt untereinander haben.“, wurde daraus geschlossen, dass sie sozialen Zusammenhalt über den nachbarschaftlichen Kontakt definieren.

biet geringer werde bzw. dass es im Wohngebiet wenig sozialen Zusammenhalt gebe. Im Anschluss an die Einschätzung des sozialen Zusammenhaltes im Wohngebiet erörterten die Befragten (vermutete) Gründe und Faktoren, welche nach ihrer Ansicht einen Einfluss auf den sozialen Zusammenhalt haben. Dabei nannten die Befragten verschiedene quartiersspezifische und soziale Faktoren. Als quartiersspezifische Faktoren nannten jeweils zwei Befragte, dass viele Kinder und Familien bzw. eine ländliche Struktur und wenig Anonymität den sozialen Zusammenhalt positiv beeinflussen. Darüber hinaus nannte jeweils ein(e) Befragte(r), dass der soziale Zusammenhalt positiv durch das Bildungsniveau in der Nachbarschaft bzw. historische Faktoren (die historische Angewiesenheit aufeinander) bzw. durch weitreichende Familienstrukturen beeinflusst werde.

Als soziale Faktoren vermuteten jeweils zwei Befragte ähnliche Lebenssituationen bzw. gemeinsame Aktivitäten als Zusammenhalt stärkende Faktoren. Zwei weitere Befragte waren der Auffassung, dass ihre ehrenamtliche Organisation den Zusammenhalt zwischen den Mitgliedern selbst verbessere. Darüber hinaus nannte jeweils ein(e) Befragte(r), dass der soziale Zusammenhalt durch (vermittelte) Werte und Normen (6 Prozent), die gegenseitige Bekanntheit mit den Nachbar*innen (6 Prozent), eine ähnliche Lebenssituationen (6 Prozent) bzw. durch die allgemeine gegenseitige Rücksichtnahme (6 Prozent) positiv beeinflusst werde. Des Weiteren war ein(e) Befragte(r) davon überzeugt, dass die Menschen in der Nachbarschaft insbesondere dann zusammenhalten, wenn sie vor denselben Problemen stehen.

„[Der Zusammenhalt ist gut,] weil sich viele kennen. Oder sie miteinander verwandt sind. Oder sowieso zusammen in verschiedenen Vereinen sind.“

„Also ich glaube schon, dass es meistens daran liegt, dass man sich ganz gut kennengelernt hat, auch private Seiten ken-

nengelernt und erlebt hat. Von daher ein gewisses Vertrauen da ist.“

Wohngebiet und Wohnsituation

Ein Viertel der Befragten begründete die Wohnsitzwahl anhand lokaler Standortcharakteristika, die das jeweilige Quartier lebenswert machen. Bei 69 Prozent der Befragten hingegen hat der Wohnsitz praktische Gründe (beispielsweise die Nähe zur Arbeit, geeignetes Mietobjekt gefunden, etc.). 38 Prozent der Befragten sind zugezogen und 44 Prozent leben seit ihrer Geburt im Wohngebiet, wobei hierunter auch Befragte gezählt wurden, die zwischen durch in einem anderen Wohngebiet lebten und wieder an ihren Geburtsort zurückgekehrt sind.

Das attraktive Umfeld und der hohe Anteil an Grünflächen wurden von der Hälfte der Befragten als lebenswerte Faktoren ihres Wohngebietes genannt. Des Weiteren wurden die zentrale Lage des Wohnsitzes oder des Quartiers (38 Prozent), die gute Schulinfrastruktur (38 Prozent) und die generell gute Laden- oder ÖPNV-Infrastruktur (31 Prozent) von den Befragten als lebenswerte Faktoren beurteilt. Jeweils ein Viertel der Befragten benannten auch die räumliche Nähe zu ihrer ehrenamtlichen Organisation. Außerdem antwortete ein Viertel der Befragten auf die Frage nach den lebenswerten Faktoren ihres Quartiers, dass sie sich dort „einfach wohlfühlen“. Ferner wurden die ruhige Wohnlage (31 Prozent), die Anwohner*innen bzw. Nachbar*innen (31 Prozent), die (soziale, ethnische) Heterogenität im Quartier (19 Prozent) sowie die geringe Anonymität (13 Prozent) genannt. Ein(e) Befragte(r) gab die große Vereinsvielfalt im Quartier als lebenswerten Faktor an.

Als negativ empfanden zwei Befragte die fehlende Einzelhandelsinfrastruktur und ein(e) Befragte(r) die schlechte ÖPNV-Anbindung des Wohngebietes. Außerdem wurde die Verschmutzung des Wohngebietes (6 Prozent), die fehlende Gemeinwohlorientierung (6 Prozent), die unattraktive Ortsmitte des Wohngebietes (6 Prozent) und Orte im

Wohngebiet, an denen sich Suchterkrankte aufhalten (6 Prozent), von jeweils einer/m Befragten als weniger lebenswerte Faktoren des Wohngebiets beklagt.

„Das ist so ein Ding, was einem sofort in die Augen fällt oder mir zumindest. Ähh, mehr Leute müssten sich mit ihrem Stadtteil identifizieren und ihn als etwas Pflegebedürftiges ansehen, wo sie sich einbringen, allein im Außenbild des Stadtteils. Aber auch die Hauseigentümer oder was es ist, müssten sich mehr für ihre Häuser einsetzen (...) Und was ganz stark ist, dass die Menschen sich mehr ähm untereinander kennenlernen sollten und dadurch ein – nicht Verantwortungsgefühl für den anderen entwickeln – aber ja, dass man sich näher rückt und etwas über den anderen weiß, dass Anonymität ein bisschen durchbrochen wird.“

„Ich glaube das hat viel mit der Identität zu tun. Also die Leute, die sich tatsächlich mit diesem Begriff oder mit dieser Institution 'Stadtteil9' irgendwie identifizieren, identifizieren sich gleichzeitig auch mit der Summe an Institutionen die darin enthalten sind. Und ich glaube dann ist einfach die Hürde das eigene Wohlbefinden ein Stück weit zurückzustellen und sich stattdessen für den anderen stark zu machen ist wesentlich kleiner, als wenn man nicht irgendwie gemeinsam an einem Strang zieht oder gemeinsam dieses Bild im Kopf hat, dass der 'Stadtteil9' irgendwie der 'Stadtteil9' ist und nicht irgendwie eine Straße und noch eine Straße.“

Ehrenamt und Engagement

Als Motivation für ihr ehrenamtliches Engagement nannten 38 Prozent der Befragten Spaß, Leidenschaft oder Interesse an ihrer Tätigkeit. Ein ebenso großer Anteil gab jedoch keine spezifische Motivation zur Ausübung ihres Ehrenamtes an. Grund für ihr ehrenamtliches Engagement sei demnach eine gezielte Anfrage gewesen, im entsprechenden Amt tätig zu werden. Fünf Befragte reflektierten, dass ihre Motivation darin

lag, etwas verändern oder einen Beitrag leisten zu wollen. Im Genaueren untergliedern sich die hierunter gefassten Aussagen darin, etwas zu (er-)schaffen (6 Prozent), etwas für das Allgemeinwohl bzw. für andere zu tun (19 Prozent), etwas zu verändern (6 Prozent) oder etwas zurückzugeben (6 Prozent). Zwei Befragte schilderten, dass die Herausforderungen, die mit ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit einhergehen, einen motivierenden Faktor darstelle. Jeweils ein(e) Befragte(r) antwortete, dass ihre/seine Motivation die Erhöhung der Jobchancen durch das Ehrenamt (6 Prozent), die entgegengebrachte Dankbarkeit (6 Prozent), die Gemeinschaft (im Sinne der anderen Organisationsmitglieder) (6 Prozent) oder das freie Arbeiten im Gegensatz zur Festanstellung (6 Prozent) sei.

Als Engagement begünstigende Faktoren, gab jeweils ein(e) Befragte(r) ein hohes Bildungsniveau bzw. bereits Engagierte mit Vorbildfunktion an. Am häufigsten (in 31 Prozent der Interviews) wurde von den Befragten die Problematik beklagt, neue Mitglieder zu gewinnen, Stellen wieder zu besetzen oder jüngere Engagierte in die Organisation einzubinden. Jeweils ein Viertel der Befragten gab an, dass vielen potenziellen Ehrenamtler*innen die Zeit fehle sich zu engagieren bzw. zu große Hürden einer Mitgliedschaft bestünden. Ferner kritisierten jeweils drei Befragte, Probleme bestünden darin, Engagierte permanent und langfristig bzw. Migrant*innen in die Organisation einzubinden. Zwei Befragte vermuteten, dass die fehlende Identifikation vieler Anwohner*innen mit ihrem eigenen Stadtteil der Grund sei, weshalb sie sich nicht lokal engagieren. Zwei weitere Befragte erachteten die mangelnde Transparenz ihrer Organisation als problematisch, insbesondere im Bezug darauf, dass fehlende Transparenz größere Hürden beim Eintritt in eine ehrenamtliche Organisation für Externe bedeuten. Ein(e) Befragte reflektierte, dass eine besondere Schwierigkeit darin liege, qualifizierte Ehrenamtler*innen für höhere Positionen in den ehrenamtlichen Organisationen zu finden. Außerdem wurde

von jeweils einer/m Befragten angeführt, dass insbesondere durch die Anonymität im Stadtteil bzw. die allgemein fehlende Gemeinwohlorientierung einiger Anwohner*innen das lokale Engagement gering sei. Ferner berichtete ein(e) Befragte(r), dass die Anfeindungen, die parteipolitisch Engagierten entgegengebracht würden, als besonders problematisch zu bewerten sei.

Als Lösungsvorschlag für einige der angesprochenen Problematiken gaben 38 Prozent der Befragten an, dass sie eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit für sinnvoll erachten würden. 31 Prozent der Befragten schlugen im Interview vor, vermehrt Personen gezielt anzusprechen. Ein(e) Befragte(r) erweiterte diesen Vorschlag dahingehend, vor allem zu bereits bestehenden Gruppen (z. B. in Vereinen) Kontakt aufzunehmen. Zwei Befragte schlugen vor, verstärkt Anreize für ehrenamtliches Engagement in Form eines Doppelnutzens zu schaffen (z. B. Anrechnungsmöglichkeit ehrenamtlicher Leistungen im Studium oder in der Ausbildung). Des Weiteren gaben zwei Befragte an, dass sie die Ergänzung ehrenamtlicher Organisationen durch mindestens eine hauptamtliche Stelle für förderlich hielten.

Zwar empfanden 38 Prozent der Befragten das Engagement in ihrer Nachbarschaft als stark, 81 Prozent der Befragten waren jedoch der Meinung, dass sich dennoch zu wenig Bewohner*innen ehrenamtlich engagieren und es noch weiteren Bedarf an Ehrenamtler*innen im Stadtteil gebe.⁶

„Auf der anderen Seite muss ich sagen, dass Leute in meinem Alter sich schon ruhig mehr in der Öffentlichkeit und gemeinnützig engagieren könnten. Das ist leider nicht so in dem Maße der Fall, wie ich mir das eigentlich vorstelle. Qualifizierte gute Leute für ehrenamtliche Tätigkeiten zu finden, und dann auch in Führungspositionen, das ist äußerst schwierig. Das ist

⁶ Die Angaben sind von einigen Doppelcodierungen betroffen. Das heißt, dass einige Befragte der Auffassung sind, dass in ihrem Stadtteil zwar eine starke Ehrenamtsstruktur vorhanden ist, aber dennoch Bedarf an ehrenamtlich engagierten Personen bestehe.

in den Parteien so, das ist in Vereinen so. Man muss da unheimliche Begeisterung entwickeln und motivationsfähig sein, um andere für dieses Engagement zu motivieren und zu begeistern. Es ist also nicht so leicht. Aber wie gesagt, ich habe Verständnis für junge Leute, die Kinder haben und beruflich vorankommen wollen, ein Haus bauen wollen und dergleichen, dass sie sich da nicht so sehr engagieren können in der Öffentlichkeit und gemeinnützig.“

„Die mangelnde Bereitschaft sich permanent zu engagieren. Es ist überhaupt kein Problem, wenn wir sagen: ‚Wir machen jetzt eine Aktion, da brauchen wir fünf oder zehn Leute, wer kann helfen?‘. Die kriegt man. [...] Es ist die Langfristigkeit und wir leiden ja alle. Also, ob das eine politische Partei oder ein Hundezüchter-Verein oder ein Briefmarkensammler-Club ist. Ist immer das gleiche Problem, sie kriegen kaum Nachwuchs.“

Ehrenamtliche Organisation

Vier Befragte gaben an, dass ihre ehrenamtliche Organisation als Begegnungsraum fungiere. Drei weitere, dass ihre Organisation das Ziel habe, Berufschancen zu fördern. Jeweils zwei Befragte berichteten, dass die ehrenamtliche Organisation, in der sie tätig sind, im Katastrophenschutz resp. Sanitätsdienst angesiedelt sei und durch die Art der Tätigkeiten die Inklusion von Menschen mit einer Behinderung bzw. die Integration Geflüchteter fördere. Darüber hinaus führte jeweils ein(e) Befragte(r) an, das Ziel ihrer/seiner Organisation läge in der Wohlfahrtsarbeit (6 Prozent), der Koordination von Bürgerinitiativen (6 Prozent) bzw. in der Bereitstellung lokaler Informationen (6 Prozent).

Unter dem Code „Zielgruppe/Reichweite“ wurden alle Interviewpassagen gefasst, die Aufschluss über die von den jeweiligen Organisationen erreichten – und nicht zwingend angestrebten – Zielgruppen geben. Fünf Befragte gaben an, dass ihre Organisation Kinder und Jugendliche als Zielgruppe habe. Davon grenzten zwei Befragte die

Zielgruppe auf sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche ein. Die Organisationen dreier Befragter richten ihr Angebot an Senior*innen. Die Organisationen von jeweils zwei Befragten richten ihren Fokus auf Mütter bzw. Geflüchtete als Zielgruppe. Der Schwerpunkt einer weiteren Organisation liegt auf Menschen mit Behinderung. Während zwei Befragte angaben, dass an den Angeboten ihrer Organisation alle Zielgruppen teilnehmen, erzählte ein(e) andere(r) Befragte(r), dass die Angebote der entsprechenden Organisation nur von Deutschen aus der Mittel- und Oberschicht nachgefragt werden.

„Das Hauptproblem was wir immer haben werden ist: Egal was wir anbieten – und wir bieten nicht wenig an – dass es immer eine bestimmte Klientel adressiert. Oder Nach dem Motto: Wir versuchen es nicht, angesprochen wird aber trotzdem eine bestimmte Klientel, was heißt der deutsche Durchschnittsmensch. Auch durchaus mit Interessen wird eher angesprochen, als eben die Familien mit Migrationshintergrund oder auch die Familien aus sozial benachteiligten Bereichen, von denen wir ja da oben auch mehr als genug noch haben. Kann man nicht anders sagen. Von daher ist es sehr, sehr schwierig. Wir versuchen immer durch ganz viele Aktionen und durch ganz viele Dinge, Leute an den Stadtteil zu binden und gemeinsam etwas zu machen. Das gestaltet sich aber extrem schwer.“

„Also die Vernetzung ist gut, weil wir haben die Stadtteilkonferenzen, wo alle dransitzen. Von daher ist das Angebot, was wir unterbreiten können, immens.“

6. Kleinräumige Betrachtung

Zur Visualisierung des Zusammenhangs kleinräumiger Sozialstrukturen und der Wahrnehmung des lokalen sozialen Zusammenhalts, wurden die Münsteraner Stadtteile und die Quartiere Wuppertals zunächst hinsichtlich ihrer durchschnittlichen Aus-

prägungen der Fragebatterie 5 geclustert (Stadtkarte 1 u. 2). Alle Stadtteile bzw. Quartiere wurden einem von vier Clustern zugeordnet. Die Einteilung erfolgte dabei jeweils mittels hierarchischer Clusteranalyse. Das heißt, die Stadtteile bzw. Quartiere wurden entsprechend ähnlicher (durchschnittlicher) Variablenausprägungen gruppiert. Im Anschluss daran wurden alle Cluster mit Durchschnittswerten spezifischer Sozialindikatoren hinterlegt, die im wissenschaftlichen Kontext häufig herangezogen werden, um den Grad sozialer und ethnischer Benachteiligung zu messen (Quelle): Arbeitslosigkeitsbetroffenheitsquote, SGBII-Betroffenheitsquote, Ausländer*innenanteil und Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund. Je niedriger der durchschnittliche Skalenwert ist, desto besser wurde der soziale Zusammenhalt im Mittel eingeschätzt. Zusätzlich wurde für jedes Cluster der durchschnittliche Lost-Letter Rücklauf ermittelt.

Über die Hälfte (knapp 53%) der 51 Münsteraner Untersuchungsgebiete sind Cluster 4 zugeordnet (Stadtkarte 1). In diesem wird der soziale Zusammenhalt im Vergleich zu den Clustern 1-3 am höchsten eingeschätzt. Der durchschnittliche Skalenwert liegt bei 2,19. Cluster 3 repräsentiert Gebiete, in denen der soziale Zusammenhalt am zweithöchsten eingestuft wurde. Hier liegt der durchschnittliche Skalenwert bei 2,53. 16 Gebiete und damit rund 31% aller Stadtteile sind diesem Cluster zugeordnet. Cluster 2 umfasst fünf Stadtteile, in denen mit einem durchschnittlichen Skalenwert von 2,83 der soziale Zusammenhalt am zweitniedrigsten wahrgenommen wird. In Cluster 1 wird der soziale Zusammenhalt am schlechtesten eingeschätzt. In den beiden entsprechenden Stadtteilen Brüningheide und Bahnhof liegt der Skalenwert bei 3,17.

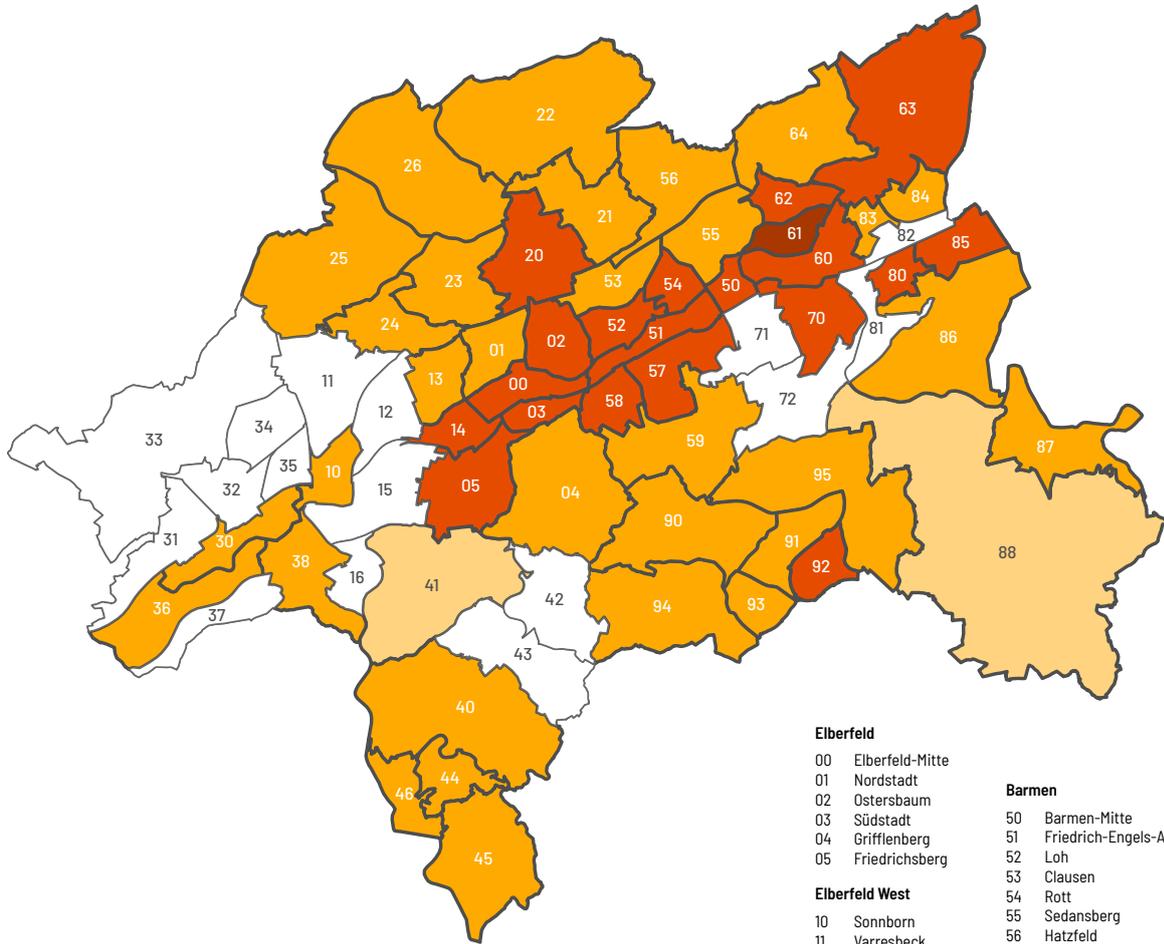
Auffällig ist, dass abgesehen von Angelmodde-Waldsiedlung, in allen Stadtrandgebieten der soziale Zusammenhalt am höchsten eingeschätzt wird, während die Einschätzung in den innerstädtischen Gebieten durchmischer ist. Insgesamt ist ein deutliches Muster erkennbar: Ein Hoher

Stadtkarte 2: Wahrgenommener Zusammenhalt in Wuppertal

05. Was würden Sie sagen: Wie gut ist der soziale Zusammenhalt in Ihrem Wohngebiet?

sehr gut eher gut mittel eher schlecht sehr schlecht

Skalawert: 1 2 3 4 5



CLUSTER 1

Am schlechtesten eingeschätzt (durchschnittl. Skalawert von 3,3)

Durchschnittliche Arbeitslosigkeitsbetroffenheitsquote: **9,7 Prozent**
 Durchschnittliche SGBII-Betroffenheitsquote: **30,6 Prozent**
 Durchschnittlicher Ausländeranteil: **30,6 Prozent**
 Durchschnittlicher Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund: **49,1 Prozent**
 Durchschnittlicher Lost-Letter-Rücklauf: **5 Briefe**

CLUSTER 2

Am zweit schlechtesten eingeschätzt (durchschnittl. Skalawert von 2,88)

Durchschnittliche Arbeitslosigkeitsbetroffenheitsquote: **8,1 Prozent**
 Durchschnittliche SGBII-Betroffenheitsquote: **23,8 Prozent**
 Durchschnittlicher Ausländeranteil: **25,43 Prozent**
 Durchschnittlicher Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund: **46,2 Prozent**
 Durchschnittlicher Lost-Letter-Rücklauf: **7,1 Briefe**

CLUSTER 3

Am zweit höchsten eingeschätzt (durchschnittl. Skalawert von 2,27)

Durchschnittliche Arbeitslosigkeitsbetroffenheitsquote: **3,9 Prozent**
 Durchschnittliche SGBII-Betroffenheitsquote: **9,1 Prozent**
 Durchschnittlicher Ausländeranteil: **10,3 Prozent**
 Durchschnittlicher Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund: **25,3 Prozent**
 Durchschnittlicher Lost-Letter-Rücklauf: **7,9 Briefe**

CLUSTER 4

Am höchsten eingeschätzt (durchschnittl. Skalawert von 1,71)

Durchschnittliche Arbeitslosigkeitsbetroffenheitsquote: **2,6 Prozent**
 Durchschnittliche SGBII-Betroffenheitsquote: **3,7 Prozent**
 Durchschnittlicher Ausländeranteil: **3,8 Prozent**
 Durchschnittlicher Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund: **11,2 Prozent**
 Durchschnittlicher Lost-Letter-Rücklauf: **10,5 Briefe**

Elberfeld

- 00 Elberfeld-Mitte
- 01 Nordstadt
- 02 Ostersbaum
- 03 Südstadt
- 04 Griffenberg
- 05 Friedrichsberg

Elberfeld West

- 10 Sonnborn
- 11 Varresbeck
- 12 Nützenberg
- 13 Brill
- 14 Arrenberg
- 15 Zoo
- 16 Buchenhofen

Uellendahl-Katernberg

- 20 Uellendahl-West
- 21 Uellendahl-Ost
- 22 Dänberg
- 23 Nevigeser Str.
- 24 Beek
- 25 Eckbusch
- 26 Siebeneick

Vohwinkel

- 30 Vohwinkel-Mitte
- 31 Osterholz
- 32 Tesche
- 33 Schöller-Dornap
- 34 Lüntenbeck
- 35 Industriestr.
- 36 Westring
- 37 Höhe
- 38 Schrödersbusch

Cronenberg

- 40 Cronenberg-Mitte
- 41 Küllenhahn
- 42 Hahnerberg
- 43 Cronenfeld
- 44 Berghausen
- 45 Sudberg
- 46 Kohlfurth

Barmen

- 50 Barmen-Mitte
- 51 Friedrich-Engels-Allee
- 52 Loh
- 53 Clausen
- 54 Rott
- 55 Sedansberg
- 56 Hatzfeld
- 57 Kothen
- 58 Hesselberg
- 59 Lichtenplatz

Oberbarmen

- 60 Oberbarmen-Schwarzbach
- 61 Wichlinghausen-Süd
- 62 Wichlinghausen-Nord
- 63 Nächstebreck-Ost
- 64 Nächstebreck-West

Heckinghausen

- 70 Heckinghausen
- 71 Heidt
- 72 Hammesberg

Langerfeld-Beyenburg

- 80 Langerfeld-Mitte
- 81 Raental
- 82 Jesinghauser Str.
- 83 Hilgershöhe
- 84 Löhrlernen
- 85 Fleute
- 86 Ehrenberg
- 87 Beyenburg-Mitte
- 88 Herbringhausen

Ronsdorf

- 90 Ronsdorf-Mitte/Nord
- 91 Blombach-Lohsiepen
- 92 Rehsiepen
- 93 Schenkstr
- 94 Blutfinke
- 95 Erbschlo-Linde

Grad sozialer Benachteiligung geht mit einem niedrigeren Grad des wahrgenommenen sozialen Zusammenhalts einher. Eine Ausnahme bildet Cluster 4, das im Mittel einen leicht höheren Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund aufweist als Cluster 3. Auch die durchschnittliche Anzahl der zurückgesendeten Briefe pro Stadtteil im Lost-Letter Experiment folgt diesem Trend und nimmt von Cluster 1 (3 Briefe) bis Cluster 4 (8,3 Briefe) zu.

Der Großteil aller Wuppertaler Quartiere wurde Cluster 3 zugeordnet. Hierin befinden sich 31 Quartiere, die zusammen einen durchschnittlichen Skalenwert von 2,27 vorweisen und somit die Gruppe mit der zweithöchsten Einschätzung des lokalen Zusammenhalts bilden. Cluster 2 bildet mit 19 zugehörigen Quartieren die zweitgrößte Gruppe. Hierin befinden sich Quartiere, in denen der soziale Zusammenhalt weniger gut eingeschätzt wurde. Der durchschnittliche Skalenwert liegt hier bei 2,88. In den Quartieren Herbringhausen und Küllenhahn (Cluster 4) ist die Einschätzung des lokalen Zusammenhalts mit einem durchschnittlichen Skalenwert von 1,71 am höchsten. In Wichlinghausen-Süd, dem einzigen Quartier in Cluster 1, ist die Einschätzung mit 3,3 hingegen am geringsten.

Es zeigt sich, dass die Einschätzung in den innenstädtischen Gebieten schlechter ist als in den Quartieren, die am Stadtrand gelegen sind. Ähnlich verhält es sich mit den jeweiligen lokalen Sozialstrukturen. So deutet Stadtkarte 2 auf eine Massierung sozialer Problemlagen in den innerstädtischen Quartieren hin, während sich besser situierte Quartiere am Stadtrand befinden. Stadtkarte 2 verdeutlicht darüber hinaus, dass sich der Grad der sozialen Benachteiligung analog zum wahrgenommenen Zusammenhalt von Cluster 1 zu Cluster 4 verbessert. Der durchschnittliche Lost-Letter Rücklauf folgt demselben Muster. Er ist mit durchschnittlich fünf rückläufigen Briefen pro Quartier in Cluster 1 am niedrigsten und nimmt zum Cluster 4 (10,5 Briefe im Durchschnitt) deutlich zu.

Im Vergleich der Städte Münster und Wup-

pertal zeigen die beiden Karten, dass der Grad des wahrgenommenen sozialen Zusammenhalts in Münster insgesamt etwas höher ist. Der durchschnittliche Skalenwert liegt hier bei 2,39, während er in Wuppertal mit 2,42 nur marginal schlechter ausfällt. Der Vergleich zeigt aber auch, dass der soziale Zusammenhalt in beiden Städten als grundsätzlich hoch eingeschätzt wird.

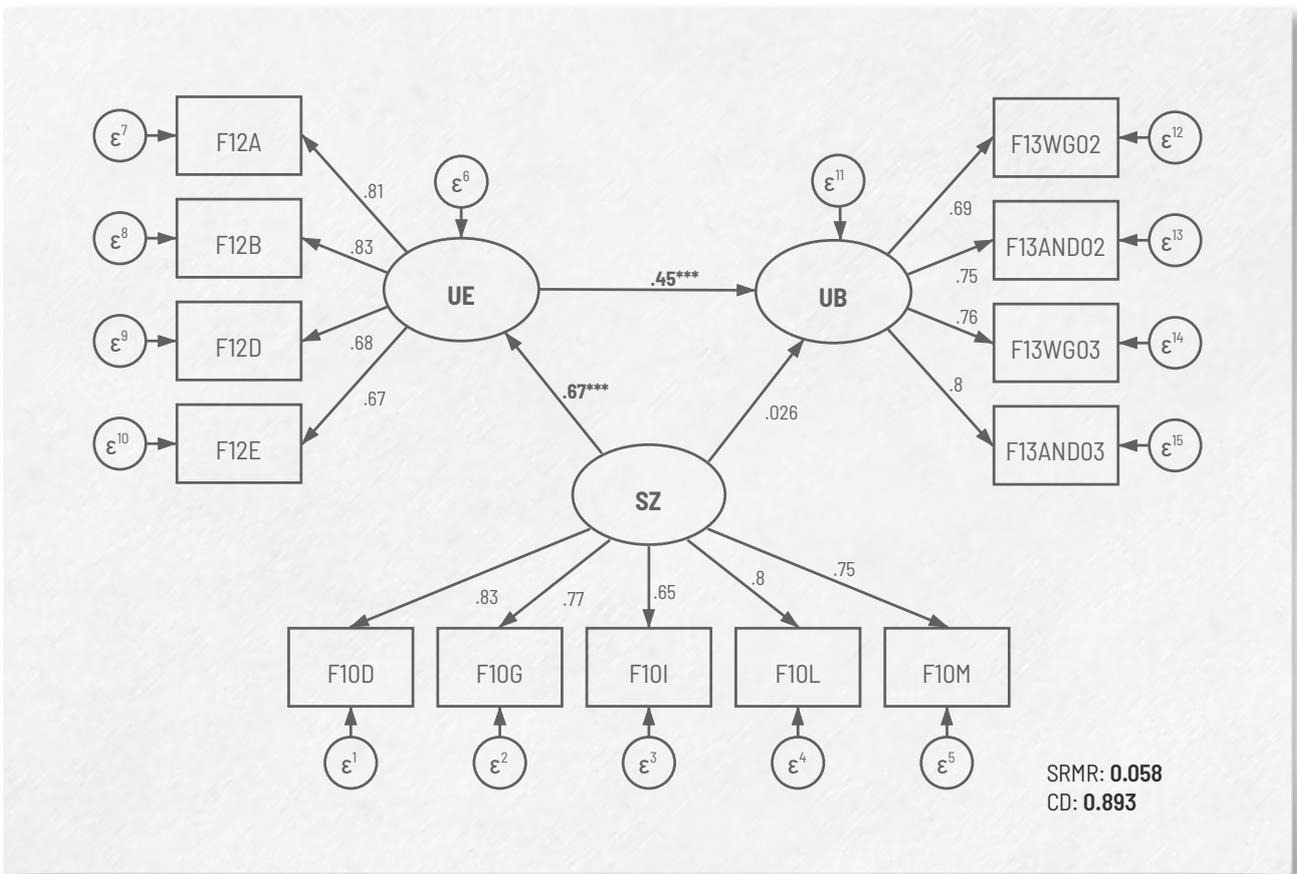
7. Strukturgleichungsmodell

Im Anschluss an die deskriptive Datenauswertung wurde anhand des quantitativen Datenmaterials der Bevölkerungsumfrage ein sog. Strukturgleichungsmodell berechnet, das es erlaubt verschiedene theoretische Konstrukte auf Validität und Reliabilität zu prüfen sowie spezifische (theoretisch begründbare) Pfadabhängigkeiten untereinander zu testen. Abbildung 12 zeigt das getestete Strukturgleichungsmodell und dessen Pfadabhängigkeiten zwischen dem wahrgenommenen Zusammenhalt im Wohngebiet (Fragebatterie 10), der Unterstützungserwartung an die Nachbarschaft (Fragebatterie 12) und der eigenen Unterstützungsbereitschaft in Krisensituationen (Fragebatterie 13).

Aufgrund des komplexen Stichprobendesigns wurde der Datensatz im Vorfeld der statistischen Analyse gewichtet. Die Designgewichte errechnen sich dabei an den jeweiligen inversen Auswahlwahrscheinlichkeiten der Stadtteile/Quartiere und Bewohner*innen in die Stichprobe aufgenommen zu werden.

Im nächsten Schritt wurden mittels konfirmatorischer Faktorenanalyse die (reflexiven) Messmodelle der drei latenten Variablen getestet.⁷ Der wahrgenommene soziale Zusammenhalt (SZ) wird über fünf Items gemessen und stellt die unabhängige Variable (Exogene) dar. Jedes Item repräsentiert dabei eine Komponente des sozialen Zusammenhalts, wie sie im theoretischen Modell des ResOrt-Projekts konzeptualisiert wur-

⁷ Im Vorhinein wurden die Konstrukte mittels Explorativer Faktorenanalyse auf Eindimensionalität geprüft.



WAHrgENOMMENER SOZIALER ZUSAMMENHALT **SZ** +

>> Fragebatterie 10

Inwieweit stimmen Sie den folgenden **Aussagen über Ihr Wohngebiet** zu?

- F10I:** Die Menschen in meinem Wohngebiet teilen im Großen und Ganzen dieselben Werte.
- F10G:** Die Menschen in meinem Wohngebiet sind eng miteinander verbunden.
- F10D:** Die Menschen in meinem Wohngebiet kümmern sich im Allgemeinen umeinander.
- F10L:** Auf die Menschen in meinem Wohngebiet kann man sich im Allgemeinen verlassen.
- F10M:** Die Menschen in meinem Wohngebiet sind im Allgemeinen sehr engagiert.

ERWARTETE UNTERSTÜTZUNGSBEREITSCHAFT **UE** +

>> Fragebatterie 12

Im Folgenden werden einige **krisehafte Ereignisse** genannt, die so oder so ähnlich in Ihrem Wohngebiet auftreten könnten. Was meinen Sie: Würden die **Menschen aus Ihrem Wohngebiet** versuchen **zu helfen**, wenn...

- F12A:** ... ein Starkregenereignis zu überfluteten Wohnungen und Kellern führt?
- F12B:** ... eine Familie durch einen Brand ihren gesamten Besitz verloren hat?
- F12D:** ... wenn durch einen Sturm umgestürzte Bäume die Zufahrten zur örtlichen Grundschule versperren?
- F12E:** ... wenn aufgrund einer Hitzewelle insbesondere ältere Menschen auf Hilfe angewiesen sind, da sie zu wenig trinken?

EIGENE UNTERSTÜTZUNGSBEREITSCHAFT **UB**

>> Fragebatterie 13

Im Falle eines **mehrtägigen Stromausfalls**, wie wahrscheinlich würden Sie die folgenden Leistungen für Personen **aus Ihrem Wohngebiet** oder **anderen Stadtteilen** erbringen?

- >> **Personen aus meinem Wohngebiet**
- F13WG02:** ... knappe Güter (Batterien, Wasser etc.) teilen.
- F13WG03:** ... meine privaten und beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten zur Verfügung stellen.
- >> **Personen aus anderen Wohngebieten**
- F13AND02:** ... knappe Güter (Batterien, Wasser etc.) teilen.
- F13AND03:** ... meine privaten und beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten zur Verfügung stellen.

Abbildung 12: Strukturgleichungsmodell

den.⁸ Die Operationalisierung der jeweiligen Items kann Abbildung 12 entnommen werden. F10I repräsentiert den gemeinsamen Wertekanon, F10G die sozialen Netzwerke, F10D generalisierte Reziprozität, F10L soziales Vertrauen und F10M soziale Partizipation. Es zeigt sich, dass alle Items relativ hoch auf einen Faktor laden. Das heißt, es kann davon ausgegangen werden, dass die Items dazu geeignet sind, den wahrgenommenen sozialen Zusammenhalt im Wohngebiet abzubilden. Die Faktorladungen liegen zwischen .65 und .83.⁹

Das Konstrukt Unterstützungserwartung (UE) wird über die Items F12A und B sowie F12D und E gemessen und stellt sowohl eine endogene (abhängige) als auch exogene (unabhängige) Variable dar. Auch dieses Konstrukt weist relativ hohe Faktorladungen auf (.67 bis .83). Dem Strukturgleichungsmodell ist zu entnehmen, dass die Wahrnehmung des sozialen Zusammenhalts im Wohngebiet (SZ) einen (hoch)signifikant positiven Einfluss (.67) auf die Unterstützungserwartung (UE) hat.¹⁰ Die Unterstützungserwartung hat ihrerseits wiederum einen (hoch)signifikant positiven Einfluss (.45) auf die endogene Variable Unterstützungsbereitschaft (UB)¹¹, die über die Items F13WG02 und 03 sowie F13AND02 und 03 gemessen wird. Das Konstrukt weist ebenfalls hohe Faktorladungen auf. Insgesamt weist das Strukturgleichungsmodell einen guten Mo-

8 Siehe hierzu das ResOrt-Glossar, das unter www.projekt-resort.de zum freien Download zur Verfügung steht.

9 Angestrebt werden Faktorladungen > .50.

10 Die angegebenen Koeffizienten sind standardisiert. Der Regressionskoeffizient gibt den Steigungsparameter der linearen Funktion an. Wenn sich der Faktor um eine Einheit erhöht, ändert sich die abhängige Variable um die Größeneinheit des Regressionskoeffizienten.

11 Die Variable UE fungiert in diesem Modell als Mediator. Das heißt, es existiert zwar ein signifikant positiver Zusammenhang zwischen SZ und UB, der direkte Einfluss von SZ auf UB nimmt jedoch deutlich ab, sobald die Variable UE dazwischen geschaltet ist. Der direkte Einfluss liegt dann nur noch bei .026 (statt .35) und ist nicht mehr signifikant. SZ hat einen (hoch)signifikant positiven indirekten Einfluss auf UB.

dellfit auf (SRMR= 0.058; CD= 0.893)¹².

Das Strukturgleichungsmodell deutet auf einen mittelbaren Einfluss des Zusammenhalts in einem Wohngebiet auf die Unterstützungsbereitschaft der Bewohner*innen hin. Die Umfrageergebnisse zeigen einen positiven Zusammenhang zwischen dem wahrgenommenen Zusammenhalt im Wohngebiet und der Erwartung an Nachbar*innen, sich im Ereignisfall gegenseitig zu helfen. Die Unterstützungserwartung hat ihrerseits einen positiven Einfluss auf die eigene Unterstützungsbereitschaft in krisenhaften Situationen. Das macht den sozialen Zusammenhalt im Wohngebiet zu einem wesentlichen Resilienzfaktor, dessen Bewältigungspotentiale in gesellschaftlichen Prozessen und der personalen sowie kollektiven Leistungsfähigkeit der jeweiligen Gesellschaftsmitglieder wurzeln.

8. Fazit

Der soziale Zusammenhalt wird in den drei Städten im Allgemeinen als gut erachtet. Insgesamt schätzt nur ein sehr geringer Teil der Befragten den Zusammenhalt im Wohngebiet als (eher) schlecht ein. Im Vergleich zu den beiden Großstädten wird der soziale Zusammenhalt in Ostbevern etwas höher eingeschätzt. Die Befragung zeigt darüber hinaus, dass ein Großteil der Befragten das eigene Wohngebiet mit positiven Attributen assoziiert und sich dort wohlfühlt.

Auch die Wahrscheinlichkeit, dass sich andere Menschen aus dem eigenen Wohngebiet in krisenhaften Ereignissen hilfsbereit zeigen, wird von den Befragten grundsätzlich hoch eingestuft. Während sich die eingeschätzte Hilfsbereitschaft der Befragten gegenüber Menschen aus dem eigenen Wohngebiet aufgrund der Designgewichtung des Datensatzes zur Verifizierung des Modellfits der Standardized Root Mean Square Residual (SRMR) und Coefficient of Determination (CD) herangezogen. Cut-Off Werte von SRMR<0.08 und CD nahe 1 weisen auf einen guten Modellfit hin. Strukturgleichungsmodelle sollten möglichst sparsam sein bzw. geringe Modellkomplexität aufweisen. Aufgrund des ohnehin guten Modellfits wurden deshalb vorliegend keine zusätzlichen Fehlertermkorrelationen zugelassen.

Wohngebiet als grundsätzlich sehr hoch darstellt, so nimmt sie im Verhältnis zu Menschen aus anderen Stadtteilen deutlich ab. Sowohl bei der eigenen als auch bei der erwarteten Unterstützungsbereitschaft wird deutlich, dass sie in hohem Maße von den jeweils zu erbringenden Hilfeleistungen abhängig ist. So könnte die vergleichsweise geringe Bereitschaft fremde Hilfesuchende in der eigenen Wohnung aufzunehmen dadurch bedingt sein, dass dies im Vergleich zu den anderen Unterstützungsleistungen ein besonders hohes Maß an Vertrauen voraussetzt.

Insgesamt geben die Befragten in Ostbevern eine höhere Unterstützungsbereitschaft an als die Befragten in den beiden Großstädten. Darüber hinaus scheint die nachbarschaftliche Verbundenheit und informelle Sozialkontrolle in Ostbevern stärker ausgeprägt zu sein als in Münster und Wuppertal. Auch Fragen zu reziproken Einstellungen und nachbarschaftlichen Kontakten weisen in Ostbevern höhere Zustimmungswerte auf. Die deutliche Diskrepanz zwischen dem städtischen und ländlichen Raum legt die Vermutung nahe, dass es sich hierbei um den Ausdruck stärkerer Anonymität in urbanen Gebieten handelt.

Erste Erkenntnisse aus der kleinräumigen Betrachtung deuten auf einen negativen Zusammenhang zwischen dem wahrgenommenen Zusammenhalt im Wohngebiet und den sozialräumlichen Bedingungen, die den Grad der sozialen Benachteiligung angeben: Überall dort, wo sich soziale Problemlagen massieren, scheint der soziale Zusammenhalt als weniger gut empfunden zu werden. Wenngleich sich anhand der Kartierungen ein klarer Trend ablesen lässt, handelt es sich um eine rein deskriptive Analyse, die es zukünftig durch geeignete statistische Auswertungsverfahren zu überprüfen gilt.

Der soziale Zusammenhalt ist ein zentraler Faktor bei der Stärkung und Förderung von gesellschaftlicher Resilienz. Darauf weisen die Ergebnisse des Strukturgleichungsmodells hin: Je höher der soziale Zusammenhalt im eigenen Wohngebiet eingeschätzt

wird, desto größer ist auch die Zuversicht, dass Mitmenschen in einer krisenhaften Situation helfen. Mit der Unterstützungserwartung an andere wächst auch die eigene Bereitschaft andere im Krisenfall zu unterstützen. Die vorgestellten Zusammenhänge unterstreichen die Erkenntnisse der kleinräumigen deskriptiven Auswertung und betonen die zentrale Bedeutung lokaler sozialräumlicher Bedingungen für das Entstehen sozialen Zusammenhalts in der Nachbarschaft und gleichermaßen für den Aufbau gemeinschaftsbasierter Resilienzressourcen.